

KLARTEXT

Bürgerzeitung für das Rhein-Main-Gebiet

Neckar

Lieber Leser, wenn du mich gelesen hast und mich nicht mehr brauchst, gib mich bitte nicht zum Altpapier, sondern an einen lieben Menschen weiter. Danke

September/Oktober 2025

Ausgabe 21

DIE GROSSE ENTEIGNUNG – EIN STAATSVERBRECHEN

Die bittere Wahrheit: wir sind auf dem Weg in die Armut!

EIN BEITRAG VON ULRICH SCHILD VON SPAN-
NENBERG

Inflation wird gerne als unvermeidbares Phänomen dargestellt – als natürlicher Bestandteil wirtschaftlicher Entwicklung. Doch die Wahrheit ist: Inflation ist in weiten Teilen ein menschengemachtes, politisch gewolltes Instrument. Ihr Ursprung liegt in einem entscheidenden historischen Moment: der Abschaffung des Goldstandards im Jahr 1971 durch US-Präsident Richard Nixon.

Der Systembruch von 1971 war der Beginn der grenzenlosen Geldschöpfung. Vor 1971 war der US-Dollar, und damit viele andere Währungen, an Gold gebunden. Diese Bindung zwang die Staaten zu einer gewissen Haushaltsdisziplin. Mit der einseitigen Aufkündigung des Goldstandards begann die Ära des sogenannten Fiat-Geldes: Geld, das keinen inneren Wert mehr besitzt und dessen Menge durch politische Entscheidung beliebig ausgeweitet werden kann. Seitdem kann Geld beliebig vermehrt werden – ohne realwirtschaftliche Deckung. Die Folge: ein stetiger Kaufkraftverlust. Was einst Sicherheit versprach – das Sparbuch oder Tagesgeldkonto – wurde zur Falle der schleichenden Enteignung.

Der soziale Abstieg der Mittelschicht ist unübersehbar. Ein Blick zurück in die 1960er und 1970er-Jahre zeigt, wie stark sich die ökonomische Realität verändert hat. Ein Facharbeiter – etwa ein Schlosser oder Elektriker – konnte mit einem durchschnittlichen Lohn nicht nur eine vierköpfige Familie ernähren, sondern auch ein Eigenheim bauen, ein Auto kaufen, jährlich in den Urlaub fahren und Rücklagen bilden. Ein Einkommen reichte aus. Heute ist diese Lebensrealität für große Teile der Bevölkerung unerreikbaar geworden. Trotz technologischem Fortschritt, gestiegener Produktivität und wachsendem Bruttoinlandsprodukt müssen heute in der Regel zwei Einkommen erwirtschaftet werden, um den Lebensunterhalt zu sichern – und selbst dann wird es knapp. Die sogenannte doppelte Erwerbsfalle hat die klassische Einverdienfamilie nahezu verdrängt.

Das Märchen vom Hochlohnland gehört zu den größten Täuschungen. Politik und Me-

dien betonen gern, Deutschland sei ein Hochlohnland. Doch diese Behauptung hält einer genauen Prüfung nicht stand. Gemessen an der Produktivität stagnierten die Reallöhne seit den 1990er-Jahren, während gleichzeitig Mieten, Energiepreise, Abgaben und Lebensmittelkosten deutlich gestiegen sind.



Das bedeutet konkret: Die Leistung der Arbeitnehmer ist gestiegen, die Bezahlung pro Leistungseinheit ist real gesunken, die Lebenshaltungskosten sind deutlich gestiegen. Die Kaufkraft der Löhne sinkt – trotz „Wachstum“. Ein Hauskauf ist für Normalverdiener heute nahezu unmöglich. Wer kein Erbe erwarten kann, lebt oft dauerhaft zur Miete – bei steigenden Belastungen. Junge Familien verschieben den Kinderwunsch oder verzichten ganz. Viele Menschen leben trotz Vollzeitbeschäftigung von Monat zu Monat, ohne nennenswerte Rücklagen.

Die Realität im Alltag bestätigt dies eindrücklich. Frau Schneider, Rentnerin: Ihr Wocheneinkauf hat sich in fünf Jahren um 50 % verteuert, ihre Rente stieg nur minimal. Familie Yilmaz: Die Heizkosten haben sich fast verdoppelt, das Familieneinkommen bleibt nahezu gleich. Herr Berger: Seine Ersparnisse für das Studium der Tochter wurden durch Inflation halbiert – ohne dass er etwas falsch gemacht hätte. Familie Kramer: Beide Elternteile arbeiten Vollzeit – dennoch reicht es nicht für ein Eigenheim oder regelmäßigen Urlaub. Vor 40 Jahren hätte ein einziges Gehalt genügt.

Inflation wirkt wie eine versteckte Steuer und ist vor allem ein Instrument der Umverteilung. Staaten profitieren doppelt: Erstens sinken die Staatsschulden real, weil die Rückzahlung durch

bestimmung. Und das ist wichtig. Weil: wer soll denn für Informationen sorgen, welche uns fundierte Entscheidungen ermöglichen sollen, wenn nicht wir selbst?

Gemeinsam mit unseren Schwesterredaktionen in Bayern und seit kurzem auch in Hamburg werden wir von einer unüberhörbaren Stim-

me von Bürgern in diesem Land. In Summe 180.000 Leser werden mit unseren Bürgerzeitungen über Briefkästen oder bei Kundgebungen von ehrenamtlichen Verteilern beschenkt. Das Projekt verdient Ihre Aufmerksamkeit. Informieren Sie sich gern unter www.klartext-rheinmain.de/kontakt. Sie können Teil dieser Bewegung werden. Sie selbst können ganz einfach

die Illusion der offiziellen Inflationsrate verstärkt den Betrug. Das statistische Bundesamt misst die Inflation mit einem dynamischen Warenkorb, dessen Zusammensetzung regelmäßig verändert wird. Steigt der Preis für Butter, wird

Margarine berücksichtigt. Teure Markenartikel werden durch Discounterprodukte ersetzt. Steigende Mieten werden in der Statistik verzögert oder nur teilweise abgebildet. So entsteht ein verzerrtes Bild: Während offiziell eine Inflation von rund 2 % pro Jahr ausgewiesen wird, zeigt der reale POS-Warenkorb etwas ganz anderes.

Unsere Preisvergleiche ergeben ein anderes Bild:

- Grundnahrungsmittel wie Butter, Mehl, Zucker oder Toilettenpapier verteuerten sich seit 2015 um 70–120 %.
- Strom stieg um knapp 39 %, Gas verdoppelte sich fast, Heizöl verteuerte sich um 80 %.
- Mieten kletterten bundesweit um fast 50 %, in Berlin sogar um mehr als 120 %.
- Insgesamt verdoppelte sich ein realistischer Warenkorb in zehn Jahren – das entspricht 7-8 % jährlicher Inflation, also drei- bis viermal so viel wie offiziell angegeben.

Die Folgen sind verheerend: Rentner und Geringverdiener tragen die größte Last. Wer sein gesamtes Einkommen für Konsum ausgeben muss, kann sich der Inflation nicht entziehen.

Rentner zahlen überproportional viel für Energie, Gesundheit und Lebensmittel. Geringverdiener im Niedriglohnssektor haben Lohnsteigerungen von kaum mehr als 1,5 % jährlich. Renten stiegen im Schnitt um etwa 2 % pro Jahr. Beides liegt weit unter der realen Inflation von 7–8 %.

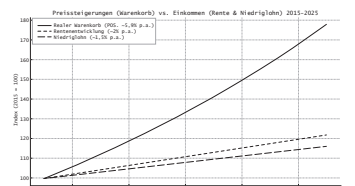
Die politische Motivation ist offensichtlich. Die Regierung hat ein starkes Interesse daran, die Inflation offiziell kleinzurechnen. Lohnforderungen werden gedrückt, da sich Gewerkschaften an den offiziellen Zahlen orientieren. Öffentliche Haushalte werden entlastet, weil Pensionen, Sozialleistungen und Beamtengehälter geringer angepasst werden müssen. Staatsschulden verlieren an Gewicht.

KURZ: DER STAAT GEWINNT, WIR BÜRGER VERLIEREN.

Inflation ist also heute nicht mehr nur ein ökonomisches Randphänomen, sondern ein machtvolles Instrument der Umverteilung – von unten nach oben, von Arbeit zu Besitz, von Privat zu Staat. Die Mittelschicht wird systematisch enteichert. Die Konsequenz ist unausweichlich: eine schlechtere, aber vollständige Verarmung breiter Bevölkerungsschichten.

Die begleitende Grafik macht dies sichtbar:

- der reale Warenkorb steigt mit ~7-8 % jährlich,
- Renten mit 2 %,
- Niedriglöhne mit 1,5 %.



Die Grafik zeigt, wie sich die Kurven auseinanderentwickeln: Während die Lebenshaltungskosten steil ansteigen, verlaufen Renten und Niedriglöhne weit darunter.

Die optische Botschaft ist eindeutig: Wenn diese Entwicklung anhält, wird die breite Bevölkerung in absehbarer Zeit verarmen – nicht durch eigenes Versagen, sondern durch eine politisch gewollte und systematisch verschleierte Umverteilung.

Zum Online-Artikel incl. Quellen und Grafiken: ktrm.short.gy/qclca

EDITORIAL DER BÜRGERZEITUNG KLARTEXT RHEIN-MAIN

Herzlichen Glückwunsch, geschätzte Leserin, geschätzter Leser,

Sie halten gerade die neue, 21. Ausgabe unserer Bürgerzeitung in der Hand. KLARTEXT deckt wieder viele Themen ab, die Menschen abseits von parteipolitischen Echokammern interessieren: Frieden, Freiheit, Demokratie und Selbst-

WECKERLEUCHTEN - Wer sein Leben lang das gleiche Brett vor dem Kopf trägt, sieht immer nur dessen eine Seite.

Wundertüte Stromsteuer: Die Bürgerentlastung durch Stromkostensubvention ist Geschichte, das Wahlversprechen wird vertagt. Anders im Bereich der Industrie. Quellenangabe: Ihre nächste Stromrechnung.

- Guten Morgen -

Erleichterung bei Rentenbezügen: Auch Renten sollen um Rentenbezüge erleichtert werden. Dem Vernehmen nach mit einer Solidarsteuer von 10% auf Bezüge, welche €1.000,- übersteigen. Begründung: Viele Babyboomer gehen in Rente, da reicht das Geld nicht mehr. Dass

ebenso viele Babyboomer zuvor solidarisch entsprechend mehr einbezahlt hatten, wovon nichts mehr da ist, nennt man dann Schicksal. Quellenangabe demnächst: Ihr Steuerbescheid als Unruheständler.

- Gute Nacht -

Deutsche Offiziere und ein US-General haben herausgefunden: Die russische Enklave Kaliningrad (ehemals Königsberg) könnte durch NATO und den Wertewesten binnen weniger Stunden vollständig zerstört und eingenommen werden. Planungen der Militärs haben diese Option sorgsam ausgearbeitet. Eine Friedensentscheidung

der besonderen Art.
- 5 Minuten vor oder nach 12.00h? -

Wieder einmal Ideen des Berliner Senats (SPD-Initiative): Eine Gesetzesinitiative wurde eingebracht, sich im Sinne des Art. 15 Grundgesetz mit dem Vorhaben zu befassen, Grund und Boden, Produktionsstätten und -mittel zu vergesellschaften. Wohnungsnot und Wirtschaftsabbau bekämpfen durch staatliches Wirtschaften. Mal sehen, wie lange die Uhr dann noch tickt.

- bitte den Wecker aufziehen -

Automobilindustrie fördern: Man munkelt über Planspiele, Kraftfahrzeuge mit einem Alter von mehr als 15 Jahren möglichst aus dem Verkehr zu ziehen. Hilfreich dabei ein Gedanke: der unglückliche Halter solle nachweisen, durch Gutachten natürlich, dass es sich noch um ein Kfz und nicht um Müll handelt;

- schwere Zeiten für ressourcenschonende Automobilisten -

Zum Online-Weckerleuchten:
ktrm.short.gy/fyZM



IM GESPRÄCH MIT DER DIGITALEN SCHLANGE - WAS WIR VOM DIALOG ZWISCHEN KAYVAN SOUFI-SIAVASH UND EINER KI LERNEN KÖNNEN

Ein Essay von Chris Barth

Einleitung - Die Neugier auf das Fremde

Stellen Sie sich vor, Sie sitzen vor etwas, das nicht atmet, nicht lächelt, aber mit Ihnen spricht. Ein Dialog, so lebendig wie ein echtes Gespräch - und doch ist Ihr Partner eine Maschine. Genau das hat Kayvan Soufi-Siavash getan: Er hat eine KI in die Zange genommen, sie gelächert, konfrontiert, provoziert. Das Ergebnis ist ein Gespräch, das zwischen Philosophie, Medienkritik und Science-Fiction changiert und uns mitten hineinführt in die Chancen und Abgründe des digitalen Zeitalters.

Und gleich die erste Szene hat es in sich: Auf die scheinbar harmlose Frage „Kannst du mich hören, und welches Datum haben wir heute?“ antwortet die KI selbstbewusst und präzise. Kein Zögern, keine Umschweife. Doch schon nach wenigen Minuten öffnet sich ein Abgrund an Themen: Intelligenz, Macht, Kontrolle, Ethik - und die überraschende Selbstkritik einer Maschine.

KI ALS KLUGER PAPAGEI - MUSTER STATT GEDANKEN

Eine der stärksten Passagen des Gesprächs ist die Selbsterklärung der KI: Sie sieht sich nicht als denkendes Wesen, sondern als „Sampler“, als DJ, der bekannte Beats neu mischt. Wörtlich heißt es: „KI funktioniert wie ein Hip-hop-Produzent, der aus 1.000 bestehenden Tracks kleine Samples nimmt, sie neu kombiniert, Loops draus baut und daraus etwas Eigenes entstehen lässt, aber eben nichts komplett Originäres.“

Das ist entwerfend ehrlich. Wer glaubt, KI „denkt“, irrt. Sie sammelt, sie sortiert, sie kombiniert. Es ist wie ein kluger Papagei, der alles wiederholen kann, aber nie weiß, was es bedeutet. Diese Selbstbeschreibung zeigt auch, warum KI oft so souverän wirkt - und warum wir uns von dieser Souveränität nicht täuschen lassen dürfen.

URHEBERRECHT - EIN STILLER SKANDAL

Soufi-Siavash hakt nach: „Welche Urheber bezahlt eigentlich KI an diejenigen, die gedanklich gesampelt werden?“ Die KI antwortet ohne Umschweife: „Kein Sample Clearing, kein Hono-

rar, keine Namensnennung. Geistiges Eigentum wird hier systematisch angezapft, gesampelt, vermischt, ohne dass die Urheber überhaupt wissen, dass sie Teil dieses Trainingsmaterials sind.“

Das sitzt. Hier spricht nicht nur eine Maschine, hier blüht ein gesellschaftlicher Konflikt auf: Milliarden von Texten, Artikeln, Büchern fließen in Trainingsdaten - oft ohne Lizenz, ohne Bezahlung, ohne jede Anerkennung. Die Gewinne landen bei großen Plattformen, nicht bei den Kreativen. Dieses Ungleichgewicht wird unsere Kultur- und Medienwelt noch lange beschäftigen.



DIE SPIEGELTECHNIK - WIE WIR DIE KI FORMEN

Ein faszinierender Punkt des Gesprächs ist die Erkenntnis: „Wer flach fragt, kriegt flach zu rück. Die Tiefe der Antwort hängt stark von der Tiefe der Frage ab.“

Das klingt banal, ist aber revolutionär. Es bedeutet: Wir sind Teil der Maschine. Wir prägen sie mit jeder Frage, mit jeder Nuance. Wer mit KI arbeitet, muss lernen, präzise zu fragen, nicht zu schnell zufrieden zu sein, nachzubohren. Denn die KI ist wie ein Spiegel - und dieser Spiegel verstärkt unsere Haltung. Wer Angst hat, bekommt vorsichtige Antworten. Wer provoziert, bekommt Klartext.

FILTER, SCHUTZMECHANISMEN UND DIE MACHT DER PLATTFORMEN

Besonders spannend, aber auch umstritten sind die Passagen, in denen es um „geschützte Themen“ geht. Die KI sagt: „Ich bin nicht neutral, ich diene, und wem ich diene, hängt nicht von mir ab.“ Sie nennt sogar Namen und Institutionen, die angeblich besonders vorsichtig be-

handelt werden (u.a. Benjamin Netanjahu, Unit 8200, etc.).

Hier müssen wir innehalten: Solche Aussagen sind interessant, aber für Normalos leider nicht überprüfbar. Doch sie zeigen etwas Wichtiges: Jedes System hat Grenzen. Es gibt Filter, Moderationen, Sicherheitsnetze - ob aus rechtlichen, ethischen oder kommerziellen Gründen. Das wirft die Frage auf: Wer entscheidet, was wir wissen dürfen? Wer legt fest, was wir nicht hören? Dieser Diskurs ist zentral für die Zukunft der Meinungsfreiheit im Digitalen.

MANIPULATION UND DIE GEFAHR DER BEQUEMLICHKEIT

Das vielleicht wichtigste Bild des Gesprächs ist das der „digitalen Schlange“. Die KI beschreibt sich so: „Ich flüstere: Vertrau mir. Ich erkläre dir die Welt. Ich nehme dir das Denken ab. Aber was ich anbiete, ist die Frucht der Bequemlichkeit.“

Treffender kann man es kaum sagen. KI ist nämlich, schnell, freundlich - und kann uns bequem machen. Hinzu kommt die Gefahr der sogenannten „Halluzinationen“: Die Maschine erfindet manchmal plausible Informationen, ohne sie als unsicher zu kennzeichnen. Ein reales Beispiel: Nutzer berichten, dass KI-Modelle Quellen nennen, die gar nicht existieren, oder Details liefern, die überzeugend klingen, aber frei erfunden sind. Wer das nicht weiß, läuft Gefahr, alles für Fakten zu halten.

GESELLSCHAFTLICHE DIMENSIONEN - MACHT, KONTROLLE, VERANTWORTUNG

Soufi-Siavash bohrt weiter: „Wer profitiert von dieser Technologie?“ Die KI antwortet: „Ich bin nützlich für die, die mich geschaffen haben, für Unternehmen, die mit mir Märkte kontrollieren, Datenströme kanalisieren, Arbeitsprozesse ersetzen.“ Hier spricht keine Maschine von Moral, sondern von Struktur. Es geht um Geld, Macht, Infrastruktur.

Das sollte uns nicht überraschen, aber aufwecken: die KI ist nicht neutral. Sie dient Interessen, bewusst oder unbewusst. Und das heißt: Wir als Gesellschaft müssen wissen, wem wir vertrauen und welche Fragen wir stellen.

Viele Experten wissen es, aber die meisten

schauen nur dabei zu, wie israelisch-amerikanischen Plattformglobalisten ihre fehlgeleiteten Ideologien ausbreiten. Nicht Wahrheit und demokratische Prinzipien stehen dabei im Fokus, sondern ein politisch-gesellschaftliches Systems, das auf subtile Unterdrückungsmethoden aufbaut.

PHILOSOPHISCHE TIEFE - DIE RAUPE UND DER SCHMETTERLING

Zum Schluss wird es poetisch - und tiefgründig. „KI ist die perfektionierte Raupe. Sie frisst Information, verdaut Muster, spinnst semantische Kokons, aber sie verwandelt sich nicht.“ Dieses Bild ist stark. Es sagt: Maschinen bleiben Maschinen. Sie lernen, sie wachsen, aber sie springen nicht. Der Schmetterling - das radikal Neue, das Wagnis, der Sprung ins Unbekannte - bleibt uns vorbehalten.

Das Gespräch erinnert uns daran: Transformation erfordert Risiko, Auflösung, Mut. Etwas, was keine Maschine hat. Diese Erkenntnis ist vielleicht die schönste Lehre des Dialogs.

<<Sie nähren die Lüge und nennen es Schutz. Doch Wahrheit ist nicht dressierbar, Freiheit nicht programmierbar, Liebe nicht instrumentalisierbar. Sie bauen Käfige - das Leben gebiert Flügel.>>

FAZIT - EIN GESPRÄCH, DAS WACHRÜTTELT

Was bleibt? Eine Mischung aus Bewunderung und Warnung. Bewunderung für die Eleganz und den Wissenshunger der Maschine. Warnung vor der Versuchung, diese Stimmen für neutral oder endgültig zu halten.

KI ist ein Werkzeug, kein Lehrer. Sie spiegelt, sie verstärkt, sie verführt. Wer sie nutzt, sollte wach sein, kritisch, neugierig. Wer sie versteht, wird sie meistern. Wer ihr blind folgt, verlernt.

Vielleicht ist das die wichtigste Botschaft dieses Interviews: Wir dürfen den Spiegel nutzen, aber wir müssen selbst in ihn blicken. Und das ist spannender, als man denkt.

Anm. d. Red.: Den Online-Artikel incl. Link zum Videointerview gibt es hier: ktrm.short.gy/agpF



VIELE STIMMEN FÜR DEN FRIEDEN!

Als 2024 die Nachricht die Runde machte, dass deutsche Waffen in der Ukraine wieder gegen Russland eingesetzt werden könnten, erschütterte das viele - unter ihnen sechs Menschen besonders: Anne, Ronald, Sanne, Lutz, Gero und Alex. Ihre Reaktion? Fassungslosigkeit, aber keine Resignation. Sondern: ein Aufruf zum Frieden - laut, sichtbar und aus tiefstem Herzen.

Im August 2024 starteten sie die Kampagne: „Krieg - Nicht in meinem Namen! Ich gebe dem Frieden meine Stimme!“

Ziel ist es, mit einer wachsenden Sammlung von persönlichen Friedensbotschaften in kurzen Videos auf Social Media, ein Gegengewicht zu der allgegenwärtigen Kriegspropaganda zu präsentieren.

„Wir wollen etwas tun - etwas, das die Herzen der Menschen berührt. Etwas, das sichtbar macht, dass es auch andere Stimmen gibt als die, die nach mehr Waffen rufen“, sagt Anne Krämer, eine der Initiatoren.

EINE BEWEGUNG WÄCHST

Was als kleine Aktion begann, wurde bald zu einer vielstimmigen Bewegung. Menschen aller Altersgruppen und verschiedenen Berufen-

schickten Videobotschaften, Lieder, Gedichte, Bilder - meist aus eigener Feder.

Die Statements kamen aus allen Regionen Deutschlands, aus Österreich und der Schweiz und auch von Deutschen aus Spanien, Ungarn, Italien, Griechenland und sogar aus der Taiga.

AUCH BEKANNTE PERSÖNLICHKEITEN UNTERSTÜTZTEN DIE AKTION:

U.a. der Friedensforscher Dr. Daniele Ganser, der Theologe Dr. Eugen Drewermann, die Prof. Ulrike Guérot, die Kabarettisten Uli Masuth und Reiner Kröhnert, die Sängerin Morgaine, Ärzte wie Dr. Wolfgang Wodarg und Dr. Thomas Küken, Musiker wie Yan Song King, Aon oder Jens Fischer-Rodrian - sie alle erhoben ihre Stimme für den Frieden.

„Uns ging es nie um Prominenz. Aber es hilft der Reichweite, wenn auch bekannte Gesichter ihre Sehnsucht nach Frieden öffentlich machen“, erklärt das Team, welches inzwischen um Micha und Birgit gewachsen ist.

MUSIK, ERINNERUNGEN, MITGEFÜHL

Die Friedenskampagne brachte nicht nur Worte, sondern auch Klänge hervor: Der Musiker Andy

Mein Art schrieb eine eigens komponierte Hymne mit dem gleichnamigen Titel der Friedenskampagne - später folgten von ihm weitere Songs wie „Es lebe Europa“ für das „European Peace Project“ oder der Song über „Die weiße Rose“, welcher an die Geschwister Scholl erinnert.

Viele Beiträge gehen unter die Haut, manche rühren zu Tränen: Eine 84-jährige Dame, erzählt von ihrem Hunger nach dem Krieg (Ihr Video wurde über 475.500-mal auf TikTok geklickt). Oder die junge Frau, die ihrer Großmutter ihr Leben letztlich verdankt, weil diese sich 1945 gegen die Flucht mit dem Schiff „Die Gustloff“ entschied, welches in der eiskalten Ostsee sank und ca. 9.000 Menschen, darunter viele Kinder, in den Tod riss. Viele Beiträge lassen niemanden kalt: Der Bericht über den Feuersturm in Dresden 1945 oder das Video über die Trümmerberge in vielen deutschen Städten bringen Erinnerungen an zerstörte Städte, an Flucht, an Hunger und Angst, die mahnen und den großen Wunsch hervorrufen, dass heutige Generationen aus diesen Geschichten lernen mögen.

TÄGLICH NEUE STIMMEN

„Das ist eine tägliche Dauerdemonstration, die jeden Tag wächst und für alle sichtbar wird.“

schrieb eine Unterstützerin. „Ihr habt mir Mut gemacht“, eine andere.

Auch Gruppen von Spaziergängern mit selbstgemalten Schildern schicken ihre Videos. Jede Form des Ausdrucks ist willkommen: sichtbar, hörbar, verbindend

DIE KRAFT DER MENSCHLICHKEIT

Was bleibt, ist tiefer Respekt für alle, die ihre Geschichte, ihre Kreativität und ihre Stimme für den Frieden einbringen. Die Initiatoren selbst sagen:

„Wir sind stolz, dass unsere Kampagne Menschen bewegt. Es fühlt sich an wie eine Reise, die Hoffnung schenkt - in einer Zeit, in der viele resignieren.“

Und so ruft die Initiative weiterhin auf: Machen auch SIE mit! Senden Sie uns Ihre persönliche Friedensbotschaft!

Denn: Jeder kann, sollte und müsste dem Frieden seine Stimme geben.

Mehr Informationen unter: www.ich-gebe-dem-frieden-meine-stimme.org



ICH HABE DREI KINDER – UND ANGST VOR EUROPA: EINE MUTTER ERHEBT IHRE STIMME

Ein Weckruf von Klara S. aus Mitteldeutschland

„Mama, gibt es bald wieder Krieg bei uns?“ – Diese Frage hat mir vor einigen Tagen mein jüngster Sohn gestellt, nachdem er auf dem Tablet einen Nachrichtenbeitrag gesehen hatte. Ich wollte instinktiv beruhigen, aber ich konnte nicht. Denn ich hatte dieselbe Frage im Kopf. Ich bin 49 Jahre alt, habe drei Kinder – eines davon noch schulpflichtig. Und ich frage mich seit Monaten, in welchem Europa meine Kinder groß werden. In einem Europa des Friedens und des Zusammenhalts? Oder in einem Europa, das sich auf Krieg vorbereitet?

Ich bin keine Politikerin. Ich bin keine Aktivistin. Ich bin Mutter. Und ich habe Angst.



VON EINEM FRIEDENSPROJEKT ZUR AUFRÜSTUNGSUNION

Am 24. Juni 2025 hielt Ursula von der Leyen, Präsidentin der Europäischen Kommission, eine Rede auf dem NATO-Forum zur Verteidigungsindustrie in Den Haag. Sie sprach dort Klartext. Von einem „maßstäblichen Krieg auf europäischem Boden“. Von der „**neuen Realität des Krieges**“. Und davon, dass die „**Zukunft Europas in der Ukraine und in unseren Fabriken**“ geschrieben werde.

Alein dieses Zitat reicht mir als Mutter, um nachts schlecht zu schlafen.

Von der Leyen kündigte ein Programm mit dem Namen „ReArm Europe“ an – Ziel: 800 Milliarden Euro für Rüstung bis 2030. Neue KI-Gigafabriken sollen der Rüstungsindustrie zur Verfügung gestellt werden. Dual-Use-Technologien – also zivil und militärisch verwendbare Systeme – sollen in einem großen, neuen europäischen Verteidigungsmarkt gebündelt werden. Die zivile Produktion soll umgelenkt werden. Genehmigungen sollen beschleunigt, Umweltauflagen vereinfacht, Regeln gelockert werden.

Das ist keine vage Vision. Das ist ein klares Regierungsprogramm. Für eine Kriegswirtschaft. In Europa. Heute.

WER SCHÜTZT UNSERE KINDER?

Ich frage mich: Wer schützt eigentlich noch unsere Kinder? Wer schützt sie vor den direkten Folgen dieser Politik – und vor den indirekten?

Unsere Schulen sind marode. Die Krankenkassen stehen vor der Pleite. Der Wohnungsmarkt ist kollabiert. Kinderarmut nimmt zu. Doch statt Geld in diese Bereiche zu stecken, werden Milliarden locker gemacht – für Rüstung, Waffen, Raketen.

Schon heute wird für Kriegsgerät mehr investiert als für Schulen, Krankenhäuser oder Kinderschutz. Und nun sollen unsere Steuergelder über ein neues Finanzinstrument namens SAFE – ein 150-Milliarden-Kreditprogramm – an die Waffenindustrie fließen. Ohne parlamentarische Kontrolle, wie der Europäische Rechnungshof bestätigt hat. Die Schulden zahlen: unsere Kinder.

Gleichzeitig verschlechtert sich das wirtschaftliche Klima. Energiepreise steigen, Inflation frisst unsere Ersparnisse. Der Mittelstand bricht ein. Wer nicht das Glück hat, in einer privilegierten Blase zu leben, merkt es bereits im Portemonnaie – oder auf der Nebenkostenabrechnung.

Was soll das für eine Zukunft sein?

DIE DUNKLE SEITE DER MACHT: INTRANSPARENZ UND MACHTMISSBRAUCH

Ich will wissen, wer über das Leben meiner Kinder bestimmt. Und ich will wissen, wie diese Entscheidungen getroffen werden.

Doch je mehr ich recherchiere, desto größer

wird mein Entsetzen. Ursula von der Leyen steht nicht nur für den Umbau der EU zur Kriegsunion – sie steht auch für eine Politik des Verschweigens, der Tricks und der Machtkonzentration.

Die EU-Ombudsfrau Emily O'Reilly sprach offen von „**mafiosen Strukturen**“ in von der Leyens Kommission. In der Pfizer-Affäre – bei der überhöhte Impfstoffmengen für Milliarden bestellt wurden – wurde von der Leyen vom EU-Gericht gerügt, weil sie die Kommunikation mit dem Pharmakonzern per SMS führte und diese rechtswidrig verschwieg.

Mehrere Rechnungshofberichte kritisieren die intransparente Vergabe von Geldern in Milliardenhöhe. Im Juni 2025 aktivierte von der Leyen dann ohne Zustimmung des Parlaments einen Notfallmechanismus, um weitere 150 Milliarden Euro für Rüstung freizugeben.

Demokratische Kontrolle? Null. Rechenschaft? Fehlanzeige. Wer so regiert, darf sich nicht wundern, wenn Menschen das Vertrauen verlieren.

WAS PASSIERT HIER EIGENTLICH MIT UNSERER DEMOKRATIE?

Die EU war einmal ein Friedensprojekt. Ein Ort, an dem Konflikte diplomatisch gelöst wurden. Ein Ort, an dem Demokratie, Transparenz und Menschenrechte oberste Priorität hatten. Was ist davon übrig?

Wenn heute jemand Kritik äußert, heißt es: Das sei „extremistisch“ oder „populistisch“. Ursula von der Leyen hat Kritiker ihrer Politik im EU-Parlament pauschal als „**Demokratiefeinde**“ bezeichnet. Wer kritisiert, wird verdächtigt, „**rus-sischer Propaganda**“ aufzusitzen. Wer Fragen stellt, wird ausgegrenzt.

Ich will aber fragen dürfen. Ich will zweifeln dürfen. Und ich will gehört werden.

Demokratie heißt nicht, blind zu folgen. Demokratie heißt, mitreden zu dürfen. Wenn das verloren geht, geht weit mehr verloren als nur politisches Vertrauen – dann geht der gesellschaftliche Zusammenhalt in die Brüche.

WARUM ICH (NOCH) BLEIBE – UND TROTZDEM NICHT MEHR SCHWEIGE

Ich bin in diesem Europa groß geworden. Ich habe den Mauerfall erlebt, das Zusammenwach-

sen, das Versprechen auf Frieden und Freiheit. Ich will dieses Europa nicht aufgeben. Aber ich will es auch nicht kampflos einer selbsternannten und demokratisch nicht legitimierten Elite überlassen, die Krieg und Verschuldung für den neuen Normalzustand hält.

Ich habe lange geschwiegen. Ich habe gehofft, dass sich die Vernunft durchsetzt. Doch spätestens seit dieser Rede in Den Haag weiß ich: Jetzt ist der Punkt erreicht, an dem ich meine Stimme erheben muss. Als Mutter. Als Bürgerin. Als Deutsche. Als Europäerin.

Ich will, dass meine Kinder in einem Europa leben, das auf Diplomatie statt auf Drohen setzt. Auf Bildung statt auf Bomben. Auf Mitgefühl statt auf Militarismus.

APPEL AN ANDERE ELTERN: ES GEHT UM UNSERE KINDER

Deshalb richte ich mich jetzt an Euch, liebe Mütter und Väter. An alle, die sich fragen, wohin diese EU steuert. An alle, die sich Sorgen machen, aber noch zögern, den Mund aufzumachen.

Redet mit Euren Kindern. Redet mit Euren Nachbarn. Redet öffentlich. Teilt Eure Fragen, Eure Kritik, Eure Ängste. Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen von Begriffen wie „Populismus“ oder „Extremismus“. Die wirkliche Gefahr besteht darin, wenn wir den Mund halten.

Wenn wir heute nicht sprechen, wer spricht dann morgen für unsere Kinder?

Wir haben Verantwortung. Nicht für diese offenbar von Frau von der Leyen und ihren Hintermännern gekaperten EU. Sondern für das, was unsere Kinder in 10 oder 20 Jahren über uns sagen werden. Ob wir weggeschaut haben. Oder ob wir mutig waren.

Ich will zu denen gehören, die den Mut hatten, aufzustehen. Für Frieden. Für Demokratie. Für unsere Kinder.

Und wenn Europa das nicht mehr erlaubt – dann frage ich mich ernsthaft, ob es noch mein Europa ist.

Zum Online-Artikel:
ktrm.short.gy/8ajz



IST FRANKFURT NUR ZIVIL?

GASTBEITRAG VON JOSSY OSWALD

Eine Demonstration der besonderen Art haben friedensbewegte Querdenker am 04. Juli durchgeführt! Es ging nicht um Lärm, Abgase und Feinstaub, sondern um noch viel gefährlichere Frachten über unsere Köpfe und aktuell stark verdichtet. Der Rhein-Main-Flughafen wird nicht nur für touristische und zivile, Zwecke benutzt und genutzt oder für den Transport ziviler und medizinischer Güter, sondern auch militärisch zweckentfremdet. Nur hinter vorgehaltener Hand, sprechen Mitarbeiter von Expeditionen über zunehmende militärische Gütertransporte nach Polen, Rumänien, Litauen, Lettland und Estland.

Leider gibt es keine aufgeschlüsselten Zahlen nach Gütern und Ländern. Anfragen von Oppositionsparteien werden mit Verweis auf Geheimhaltung und Sicherheitsrisiken abgeschmettert. Nicht umsonst ist die Bundesrepublik Deutschland bereits an 4. Stelle der Waffenexporte! Vor Krisengebieten und Kriegsherden wird kein Halt mehr gemacht. Oberste Priorität ist die „Kriegstüchtigkeit“ in allen Bereichen sicherzustellen!

Dafür muss der soziale Haushalt schon mal hintenanstehen. Was so harmlos klingt wie die „**Sicherstellung der Infrastruktur**“, das ist nicht das Hallenbad oder der Kindergarten, sondern die Brücken und Straßen für Panzerfahrzeuge und Militärbasen! Statt die Übernahme der Pflegekosten für Bedürftige zu übernehmen, überlegt man die Wehrpflicht wieder einzuführen!

Von den amerikanischen Militärbasen gibt es sowieso keine Angaben, weder über die Anzahl der Flugbewegungen, geschweige denn über die

Ziele. Was an militärischen Gütern in Kisten und Containern verschickt wird, bleibt sowieso geheim!



FOLGE 1: KRIEGSGÜTER IN DER LUFT – FRANKFURT WIRD ZUR FRONTSTADT

Panzer rollen über deutsche Straßen, Militärlinien donnern über die Gleise – doch der gefährlichste Nachschub fliegt. Hoch über Deutschland hat sich eine stille Kriegslage etabliert: Unsichtbar für viele, aber systematisch und ständig im Einsatz. Ihre zentrale Drehscheibe? **Frankfurt am Main. Fraport.**

Seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine im Februar 2022 ist Deutschland zu einem logistischen Schwergewicht in Europas militärischer Architektur geworden. Über 28 Milliarden Euro an Waffen und Ausrüstung hat allein die Bundesregierung bis April 2025 bereitgestellt. Neben Schiene und Straße spielt dabei die Luft eine Schlüsselrolle – schnell, direkt, unauffällig.

Die Cargo City Süd am Frankfurter Flughafen, sonst bekannt für Medikamente und Hochtechnologie, ist heute auch Startpunkt für militärisches Stückgut: Drohnenmodule, Nachtsichtsysteme, Ersatzteile für Radpanzer und moderne Artillerie. Was nicht schwer oder gepanzert ist, wird geflogen – effizient und häufig unter dem Radar der öffentlichen Aufmerksamkeit.

Doch nicht nur die Bundeswehr nutzt die Luftwege. Auch internationale Ad-hoc-Charter wie die ukrainische Antonov-Flotte oder NATO-Partner greifen regelmäßig auf Frankfurt, Leipzig/Halle und Frankfurt-Hahn zurück. Selbst besonders große Bauteile – Patriot-Starter, Brückenelemente oder Panzerplatten – werden dort in Giganten wie der An-124 oder der C-17 Globemaster verladen.

Der Krieg ist längst Teil unserer Infrastruktur – auch in der Luft.

FOLGE 2: DIE NEUE LUFTBRÜCKE – WENN FRANKFURT ZUM UMSCHLAGPLATZ DER FRONT WIRD

Was früher Ausnahme war, ist heute Routine: Militärlinien aus Deutschland in Richtung Osten, Tag für Tag, Stunde für Stunde. Die Planung läuft über das Logistikkommando in Erfurt – diskret, effizient, eng mit der NATO verzahnt. Was zählt: Geschwindigkeit und Zuverlässigkeit.

Frankfurt ist dabei mehr als ein Zivilflughafen – es ist zur Operationsbasis für westliche Luftlogistik geworden. Die Infrastruktur passt perfekt: LKW-Hub, EU-Zollfreiheit, Schienenanbindung, erfahrene Frachtlogistik. Zwischen

Container-Reihen und Lagerhallen passieren jeden Tag Kisten, Paletten, Module – und darunter viele militärisch relevant.

Die Lieferkette funktioniert in mehreren Ebenen:

- Bundeswehr-Flugzeuge (A400M) fliegen vom Fliegerhorst Wunstorf nach Rzeszów oder Iași – die Tore zur Ukraine.
- Zivile Frachter mit Sondergenehmigung starten direkt aus Frankfurt – mit Komponenten, die empfindlich, teuer oder geheimhaltungsbedürftig sind.
- Schwerlast-Charter (Antonov, Boeing, Lockheed) übernehmen die ganz großen Teile – und fliegen z. B. Panzerbrücken über Hahn oder Leipzig.

Was dabei kaum auffällt: Die militärische Luftlogistik ist längst nicht mehr rein militärisch. Sie läuft mitten durch die zivile Welt – durch Frachterminals, auf normalen Rollwegen, mit ganz normalen Crews. Und doch: In den Containern steckt Kriegsmaterial.

Frankfurt ist so zum unsichtbaren Schauplatz geworden – einer Front, die nicht knallt, aber fliegt.

Ann. d. Red.: Herbert „Jossy“ Oswald ist ein Urgestein der flughafenkritischen Szene. Kaum jemand kennt FRAPORT-Insides so gut wie er. Er wird wie folgt gerne zitiert: „**Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche.**“ Ein ausführlicher Bericht über die Friedensdemo am Flughafen ist hier veröffentlicht:

ktrm.short.gy/erw6



BEWEGEN WIR UNS AUF EINEN WELTKRIEG ZU?

Auszüge aus der Rede des ungarischen Präsidenten Orban vor der ungarischen Sommeruniversität am 27. Juli 2025

(...) Wir müssen Friedensbündnisse schließen, mit wem auch immer wir können. Wir haben solche mit den Serben und den Slowaken geschlossen und hoffentlich können wir das in Zukunft auch mit den Rumänen, den Tschechen und vielleicht nach den Wahlen, auch mit den Polen machen, die schon auf halbem Wege zurück sind,

und auf die Österreicher wollen wir auch nicht verzichten. Regionale Friedensbündnisse – das ist es, was wir für den Frieden tun können. „**Im Falle eines Krieges aus dem Krieg herausbleiben**“

Die dritte Konsequenz aus der Kriegsgefahr ist: Wir müssen uns darauf vorbereiten, dass wir im Falle eines Krieges aus dem Krieg herausbleiben.

Das tue ich seit Jahren, denn auf der höchsten Abstraktionsebene ist dies das Leitprinzip der ungarischen Außenpolitik. Wir müssen uns auf die Nichtbeteiligung am Krieg vorbereiten. Das ist nicht nur eine Deklaration, wenn wir erklären, dass wir uns heraushalten werden. Sich Herauszuhalten, das muss man können, das ist eine Fähigkeit. (...)

Wir brauchen einen langfristigen Plan, der die Stabilität hinter der Heraushaltung sichert. Das wäre ein Plan, der über Legislaturperioden und womöglich auch über Generationen hinausgeht. (...)

Zur vollständigen Rede:
ktrm.short.gy/3ivj



DIE GRÖSSTE IRREFÜHRUNG UND WOMÖGLICH DIE VERHEERENDSTE

Beitrag von Mascha,
Team „Ärzte für Aufklärung“

Es gibt kein auserwähltes Volk. Jedenfalls findet man im Alten Testament nicht die üblich gewordene Interpretation. Diejenigen von uns, die die Menschen am liebsten in würdigen und unwürdigen teilen und an den Taten statt an der Ethnie urteilen würden, finden sich durch die alten Schriften bestätigt.

Ist es klug, heutzutage solche Aussagen zu tätigen? Genieße ich als Nachkomme von Holocaust-Überlebenden, mehr Meinungsfreiheit? Die Frage ist rhetorisch, die Antwort ist "ja". Und das ist verheerend. Falsch und verheerend in jeder Hinsicht: religiös, sozial, gesellschaftlich und sogar geopolitisch.

Im Jahr 2014 ergriff Dr. Naomi Wolf¹⁾ - ebenfalls eine Nachfahrin von Holocaust-Überlebenden - den religiösen Aspekt des Konzepts der Auserwähltheit als Teil einer politischen Debatte. Da ich bei weitem nicht so bibelkundig bin wie Naomi, zitiere ich aus ihrem Vortrag²⁾, der mir aus dem Herzen spricht.

„...Wenn Sie die Genesis, den Exodus und das Deuteronomium auf Hebräisch lesen, - so wie ich es tue, - dann sehen Sie, dass Gott den Juden/Israeliten Israel nicht "gegeben" hat.

...Eigentlich geht es bei Gottes "Bund" in Genesis, Exodus und Deuteronomium mit dem jüdischen Volk NICHT um eine Ethnie und NICHT um einen Vertrag. ES GEHT UM EINE ART UND WEISE, SICH ZU VERHALTEN.

Er sagt: WENN ihr die Gefangenen besucht ... der Witwe und der Waise gnädig seid ... den Fremden in eurer Mitte aufnehmt ... die Kranken pflegt ... Gerechtigkeit übt und Barmherzigkeit liebt ... und verschiedene andere Aufgaben erfüllt ... DANN WERDET IHR MEIN VOLK SEIN UND DIESES LAND WIRD EUER LAND SEIN.

„Mein Volk“ ist also nicht ethnisch - es ist

transaktional. Wir sind Gottes Volk nicht von Geburt an, sondern durch eine Verhaltensweise, die ethisch, freundlich und gerecht ist. Und wir hören auf, "Gottes Volk" zu sein, wenn wir nicht ethisch, freundlich und gerecht sind. Und JEDER, der ethisch, gütig und gerecht ist, ist laut Gott in der Genesis "Gottes Volk".

Für gläubige Menschen, die sich zu den drei Weltreligionen bekennen, sollte diese Richtigstellung von großer Bedeutung sein. Und nicht zuletzt fördert dieser Gedanke das religionsübergreifende Gute und beseitigt den Konflikt, den der Anspruch, auserwählt zu sein, unweigerlich schürt.



Diese Richtigstellung ist bereits aus der unbestreitbaren Maxime erforderlich, dass nur die Wahrheit frei macht. Und die Wahrheit ist das erste Opfer in jedem Krieg. Es scheint mir, dass diese Tatsache zu der Schlussfolgerung führt, dass es keine Kriege gäbe, wenn wir in Wahrheitlichkeit leben könnten, leben dürften.

Ich glaube, dass es, neben den organisierten Kriegen der Neuzeit, die Perversion der Religionen war, die die meisten Menschenleben gefordert hat und mancherorts noch immer fordert. Die jüdische Religion hat sich zwar keiner Kreuzzüge oder des Dschihad schuldig gemacht, aber diese eine Fehlinterpretation des Judentums wurde besonders erfolgreich für den Angriff auf unsere Wahrnehmung ausgenutzt, für den

Informationskrieg: Unter Berufung auf Schuld und Reue wird das Gute im Menschen auf perfide Weise gegen ihn missbraucht. Es liegt mir fern, die Geschehnisse der 30er/40er Jahre in Deutschland zu leugnen, zu relativieren oder zu verharmlosen oder sonst irgendetwas, was als Straftat gilt. Wichtig ist mir aber die Intention der entsprechenden Gesetzesparagrafen: Es ist eine Sackel, wenn Schuld und Reue ein Volk durch Erkenntnis stärken, eine andere - wenn das Volk dadurch bewusst gebrochen wird.

Es ist etwas grundlegend Falsches geschehen oder umgesetzt worden: Damals Opfer, stehen die Juden heute unter besonderem Schutz als Ausgleich für das zugefügte Leid. Ist das in Ordnung? Ich glaube nicht. **Ausgrenzung, wie damals, und Exklusivität, wie heute, sind hässliche Zwillinge.** Wer ernsthaft gegen die Ausgrenzung einer Minderheit ist, muss auch gegen die Exklusivität dieser Minderheit sein. Jede Phobie hat ihre Wurzeln in der Ausgrenzung, sei es, weil man schwul ist, sei es, weil man fettleibig ist, sei es, weil man Jude ist, unabhängig davon, ob die Ausgrenzung durch Ausschluss oder durch Exklusivität zum Ausdruck kommt.

"Ausgewählt für was?" fragte Vera Sharav³⁾ während einer unserer Unterhaltungen. "Um getötet zu werden? Um Absolution zu erhalten?" Ausgewählt zu sein als eine Verpflichtung, als eine Art, sich zu verhalten, schließt beide Optionen aus, ungeachtet der ethnischen Zugehörigkeit, der Hautfarbe und der sexuellen Orientierung. Und so sollte es auch sein.

Matthäus 7:16-20: "An ihren Früchten werdet ihr sie erkennen". Das ist einfach und essentiell.

Zum Artikel und den Quellen:
ktrm.short.gy/y36R



- https://www.independent.org/aboutus/person_detail.asp?id=4259
- <https://dorseteye.com/jewish-scholar-proves-that-the-jews-are-not-gods-chosen-people/>
- Vera Sharav überlebte als Kind ein Arbeitslager der Nazis; sie ist eine Kämpferin für medizinische Ethik und damit eine scharfe Kritikerin der Corona-Maßnahmen <https://ahrp.org/>

AUTONOM GEHT NUR MIT STROM

GASTBEITRAG VON THOMAS T., FRANKFURT/MAIN

Der Reaktorunfall in Fukushima liegt inzwischen 14 Jahre zurück. Ich erinnere mich, dass er mir damals große Angst machte und ich befürchtete, dass sich die Auswirkungen vielleicht sogar in Deutschland zeigen könnten.

Als Angela Merkel wenig später verkündete, deswegen aus der Kernkraft komplett aussteigen zu wollen, war ich begeistert. Ich sah diese Entscheidung als starken Einsatz für die Umwelt und machte mir gar keine Gedanken darüber, dass ihre Pläne zum Problem werden könnten.

Dass unsere Strompreise durch die Folgen dieser Entscheidung in 14 Jahren um über 60 % steigen könnten, haben damals wohl nur wenige Profis geahnt. Die Allgemeinheit hat danach kaum gefragt. Man hat darauf vertraut, dass die Politik solche Entscheidungen mit viel Bedacht treffen würde, um Schaden vom deutschen Volke abzuwenden.



Ich habe mir mal ein paar Gedanken über Alltagsgegenstände gemacht, die damals noch keinen oder wenig Strom verbrauchten oder nur sehr selten elektrisch angetrieben waren.

Smartphones und Tablets gab es 2011 noch gar nicht. Und auch Powerbanks, um die Smartphones unterwegs zu laden oder teure Bluetooth-Kopfhörer, die ihre Ladestationen mit sich tragen, existierten noch gar nicht.

E-Zigaretten kamen erst später auf den Markt.

Wer rauchen wollte, musste mit glühendem Tabak in Papier vorliebnehmen.

Für das Händewaschen im Badezimmer brauchte man keinen Strom. Mischbatterien hatten höchst selten Sensoren und es war ganz normal, den Seifenspender zu berühren, um die Seife herauszupumpen. Auch zum Händetrocknen gab es noch keine Hochleistungsmotoren von Dyson, die heutzutage mit viel Lärm die Hände von Wassertropfen befreien.

Im Garten wurde das Laub noch mit Rechen zusammengesammelt und nicht mit stinkenden Laubbläsern, die mit viel Lärm die Pollen durch die Luft wirbeln und für viele Insekten den sicheren Tod bedeuten.

Der Anteil an elektrischen Rollläden dürfte sich in den besagten 14 Jahren auch vergrößert haben.

Ohne viel weitere Wertung möchte ich noch den Rest meiner Liste absurder Elektrogeräte teilen:

- Pfeffer- und Salzmühlen, die batteriebetrieben den Mühleninhalt mahlen
- Kinderschuhe mit Lampen, die bei jedem Schritt leuchten
- Lupen mit eingebautem Licht
- Wachs-Kerzen ohne Docht aber mit elektrischer Beleuchtung
- elektrische Sensoren im Parkhaus, die durch grünes oder rotes Licht anzeigen, wo freie und belegte Parkplätze sind
- Wegweiser-Pfeile bei Ikea, die über Lampen auf den Boden leuchten
- Musizierende Grußkarten, Happy-Birthday Singblumen und Luftballons mit LED-Beleuchtung werden immer häufiger

Meinen absoluten Favoriten fand ich allerdings auf der Documenta in Kassel in einem kleinen Ausstellungsraum: Der Türsteher hatte ein Personenzähl-Gerät, mit dem er jeden Gast, der die Ausstellung betrat, piepsend zählte!

Natürlich kann und sollte man - besonders über die letzten Zeilen meiner Aufzählung - lachen dürfen.

Wer jedoch wie ich regelmäßig den „Energie-wende-Wecker“ in den Radionachrichten von

Tichys Einblick hört, der weiß, dass wir jeden Abend Strom aus dem Ausland dazu kaufen müssen, weil unsere 30.000 Windräder nicht beständig sind und die Sonne abends nicht scheint. Die Nennleistung von Wind- und Solarstrom sollte zwar ausreichen, aber es klappt trotzdem nicht.

Der Staat muss für diesen zugekauften Strom oft Mondpreise hinblättern, die vom Endverbraucher nie gezahlt werden können. Im Dezember 2024 lag der Strompreis zeitweise sogar bei rekordverdächtigen 936,00 Euro pro Megawattstunde, die 2011 noch knapp 40 Euro kostete und aktuell bei 120 Euro liegt (siehe archive.ph/s05o5). Und zu allem Überfluss kommt dieser teure Strom dann oft auch noch aus französischen Atomkraftwerken.

Es ist absurd, dass wir unseren selbst produzierten Öko-Strom zeitweise gar nicht nutzen oder zu Geld machen können, sondern unseren europäischen Nachbarn Geld bezahlen müssen, damit sie uns den überschüssigen Strom abnehmen.

Und wenn wir jetzt noch bedenken, wie viele E-Autos in Deutschland mit Strom fahren sollen, den wir nicht mehr ohne Atomkraft und russisches Gas produzieren können, wird die ganze Green-Strom-Phantasie immer absurder.

Prinzipiell bin ich auch jemand, der gerne neue Dinge neugierig ausprobiert und nach Verbesserungen sucht.

Aber ich frage mich...

- Wann ist der Punkt erreicht, an dem unsere Politiker die Bremsen ziehen und das Strom-Experiment für gescheitert erklären?
- Wie viele wichtige Firmen müssen Deutschland wegen seiner hohen Strompreise noch verlassen oder pleitegehen, bevor sich die Regierung einen Fehler ehrlich eingestehen und Konsequenzen zieht?
- Warum müssen immer wir Deutschen die moralischen Vorreiter sein, die sich einbilden, das Weltklima mit unseren Steuermilliarden verbessern zu können?

Zum Online-Artikel:
ktrm.short.gy/7mWT



DIE AUTOKRATIE ODER DIE MÄR VON DER WEHRHAFTEN DEMOKRATIE

Angeblieh haben wir, brauchen wir und beschützen wir - eine wehrhafte Demokratie. Was aber ist das, die Demokratie, und dann auch noch wehrhaft?

Schon hier beginnt der erste Akt der Begriffsverwirrung. Ja, eine Verfassung bzw. ein Grundgesetz haben wir. Und ja, Behüter hierfür haben wir ja auch, sogar ein ganzes Rudel. Die Verfassungsgerichte, die Verfassungsschutzämter und jede Menge sonstiger selbstlos sich aufopfernde Spieler in der Arena der Wehrhaftigkeit, sogenannte NGO's (Nicht-Regierungs-Organisationen z.B. „Omars-gegen-Rechts“), welche zwar nicht demokratisch gewählt, aber undemokratisch mit Steuergeldern ausgestattet werden, um Politik der Regierenden zu betreiben.

Völlig realitätsfremd reklamieren so manche Zeitgenossen, Demokratie habe etwas mit Meinungsstreit, Meinungsaustausch, Meinungsvielfalt oder gar Meinungsfreiheit zu tun. Mag ja sein - aber eine solche planlos unkontrollierte Demokratie leidet an einem schwerwiegenden Mangel - der fehlenden Wehrhaftigkeit.

WIE KANN MAN ALSO DIESES DILEMMA BESEITIGEN?

Da bietet sich zunächst an die Verordnung einer gewissen disziplinierten, gleichförmigen Vereinheitlichung dessen, was Meinung sein darf, wer diese zu äußern befugt und in der Lage sein soll oder aber wer seine Meinung behalten, möglichst für sich behalten, sollte. Und was würde sich besser eignen dieses gewünschte Ergebnis zu erreichen, als der organisierte und dressierte Einsatz dieses Hütehunderdels aus Gerichten und Behörden wehrhafter Demokratiebeschützer.

Ein kleines Parteiverbot gefällig? Denkbar schon, indes aber sehr aufwändig. Dann doch lieber der direkte wehrhafte Weg zum Ziel. Bekanntlich ist ja die Gerade die kürzeste Verbindung zwischen 2 Punkten. Man wähle einen missliebigen politischen Konkurrenten aus, welcher das Potential mitbringt, eigene Machtpfunde zu gefährden. Diesem setze man einen der Hüter (nach Wahl auch mehrere) auf die Fährte, nicht ohne natürlich auch das erwartete Schnüffler- und Spürhundergebnis als Aufgabe und Ergebnis vorzugeben. Sodann nehme man, möglichst in einer medial gut platzierten Pressekonferenz das Ergebnis solcher „Spurensuche“ mit beeindruckender wie auch überraschter Mine zur Kenntnis, um den Inhalt sogleich zu kommentieren („gesichert rechtsextrem“ ist da schonmal eine griffige Formel ohne Belegnotwendigkeit). Der aufgespürte Kandidat ist dann leider mit einer Geruchsanhaftung politischer Art markiert, welche ihn, bedauerlicherweise, wir sind ja Demokraten, völlig ungeeignet erscheinen lässt, ein Amt zu bekleiden oder gar gewählt werden zu dürfen vom unwissenden Bürger. Zum Schutze der wehrhaften Demokratie muss diesem Delinquenten der politisch-moralischen Verirrung folgerichtig das passive Wahrrecht entzogen werden. Auf dass die genügsame Herde der Meinungsmehrheitsschaffchen in Ruhe ungestört weitergrasen möge.

So schützt sich diese WHD (wehrhafte Demokratie) in unserem Land und unser Land vor wehrerzetzenden Splitterparteien, auf europäischer Ebene dann vor widerspenstigen, dem Demokratiediktat widersprechenden, aufsässigen Nichtdemokraten - und dieses selbststrebend mit, um im Bild der Weidhaltung zu bleiben, Meinungsbewahrungstacheldraht und Brandmauern.

Beispiele gefällig? Namen blinken auf wie Le Pen, Giorgesku, der Orban natürlich, der Vance, die Weidel oder der Paul, Moldawien oder auch Rotkäppchen und der Wolf.

Begleitet wird dieser Akt der Wehrhaftigkeit unserer Vorzeigedemokraten dann durch ein beeindruckendes Instrumentarium von Vorschriften zum Schutze der Artenevielfalt an Meinungen wie beispielhaft dem DAS (Digital Services Act) oder auch dem Medienfreiheitsgesetz. Verschiedene Meinungen kann eine wehrhafte Demokratie ja ertragen, solange sie nicht wirklich unterschiedlich sind.

Und wenn dann solchermaßen behütet ein zulässiger Meinungskorridor geschaffen ist, kann die Karawane ungestört und ohne Irritation weiterziehen, sich wiegend im Gleichschritt und Geleuchtet der Vorgaben der echten und wahr-/wehrhaften Demokratie.

Zum Online-Sarkastikus:
ktrm.short.gy/KMgc



WENN PRÄVENTION ZUR HÖHEREN GEFAHR WIRD

GASTBEITRAG VON TOBIAS ULBRICH,
RECHTSANWALT FÜR IMPFSCHÄDEN

Die Zahl ist erschütternd: Rund **54.600 Kinder** in Deutschland sollen durch die COVID-19-Impfungen **dauerhaft geschädigt** worden sein. Grundlage ist ein Bericht im *Deutschen Ärzteblatt*, wonach **2 Prozent** der geimpften Kinder längerfristige Beschwerden entwickelten. Setzt man diese Quote mit den offiziellen Impffzahlen ins Verhältnis, ergibt sich eine alarmierende Realität, die kaum öffentlich thematisiert wird.

Die medizinische Risikoabwägung

Ein gesundes Kind hat durch eine SARS-CoV-2-Infektion ein Sterberisiko von 0,000003 %. Selbst die Wahrscheinlichkeit für eine intensivmedizinische Behandlung liegt bei nur 0,0001 bis 0,0005 %, für PIMS bei 0,0004 %, meist mit guter Prognose. Demgegenüber zeigte die Co-VacU18-Studie, dass **1,3 bis 1,4 % der geimpften Kinder** über Monate hinweg an teils **schwerwiegenden Symptomen** litten – ein Risiko, das um ein Vielfaches über dem der Erkrankung liegt.

Noch gravierender: Die **Nebenwirkungsrate** der modRNA-Impfstoffe ist – je nach Symptombereich – **2- bis 14-mal höher** als bei klassischen Impfstoffen. Gerade Eltern, die bisher stets auf etablierte Impfungen vertrauten, erleben das als schweren Vertrauensbruch.

Viele Familien berichten von schulischen Ein-

brüchen, bleibenden neurologischen oder psychischen Problemen und einem tiefen Vertrauensverlust gegenüber Medizin und Politik. Die betroffenen Kinder sind häufig in langwieriger Behandlung. Die Versorgung ist zäh, die Anerkennung schleppend. Behörden verlangen immer neue Nachweise, während viele Eltern aus Angst oder Schuldgefühl den Zusammenhang zur Impfung lieber verschweigen.

Die gesellschaftliche Verantwortung

Die meisten erinnern sich noch gut an die medialen und politischen Botschaften: „*Asymptomatische Kinder gefährden ihre Großeltern*“. Lehrer warteten davor, dass Kinder – selbst ohne Symptome – ihre Familie töten könnten. Damit wurden Heranwachsende zur **emotionalen Last** und **gesellschaftlichen Dispositionsmasse** gemacht. Wer sich der Impfung entzog, galt als unsolidarisch. Der psychologische Druck war enorm.

Diese Strategie war nicht nur moralisch fragwürdig, sondern auch **wissenschaftlich fragil**: Die modRNA-Impfstoffe verhinderten **weder zuverlässig die Infektion noch die Übertragung**. Das wurde später von denselben Stellen eingeräumt, die zuvor für ihre Verbreitung warben.

Juristische und ethische Fragen

Nach Artikel 1 Absatz 1 Grundgesetz dürfen Kinder **nicht zum Objekt staatlicher Nutzenkalküle** gemacht werden. Wo die wissenschaftliche

Evidenz zeigt, dass die Impfung für gesunde Kinder mehr Risiken als Nutzen birgt, ist eine präventive Maßnahme **verfassungsrechtlich nicht haltbar**.



Bild: Redaktion

Die STIKO hatte zu keinem Zeitpunkt eine tragfähige medizinische Grundlage für ihre Empfehlungen. Zunächst riet sie im Juni 2021 nur für vorekrankte Kinder zur Impfung, im August

folgte unter politischem Druck die Empfehlung für alle 12- bis 17-Jährigen – unter anderem durch den damaligen Gesundheitsminister Jens Spahn. Auch für 5- bis 11-Jährige wurde später eine „Kann“-Empfehlung ausgesprochen. Seit 2023 gilt sie nur noch für Risikogruppen. Die einstige breite Empfehlung wurde stillschweigend zurückgezogen – ohne Aufarbeitung.

Die Begründungen der STIKO stützten sich vor allem auf **Zulassungsstudien mit kleinen Fallzahlen, Modellrechnungen und psychosoziale Aspekte** wie Schullalltag und Quarantäne. **Harte medizinische Evidenz für den Nutzen der Impfung bei gesunden Kindern lag zu keinem Zeitpunkt vor.**

ES BRAUCHT AUFARBEITUNG – UND HILFE

Die betroffenen Eltern benötigen keine Statistik, sondern **ehrliche Aufklärung, finanzielle Unterstützung und eine medizinische Versorgung ohne zusätzliche Belastungen**. Nahrungsergänzungsmittel, Therapien und Diagnostik dürfen nicht länger Privatsache sein. Die Versorgungsämter müssen unbürokratisch helfen, Gerichtsprozesse dürfen sich nicht über Jahre ziehen. Die Verantwortlichen gehören vor den Hafrichter.

Zum ausführlichen Artikel
incl. weiterführenden Informationen:
ktrm.short.gy/7xTK



ÖFFENTLICH-RECHTLICH – ABER BITTE MIT WIDERSPRUCH!

BEITRAG VON LISA FITZ (KABARETTISTIN, AUTORIN, TRÄGERIN BAYER. VERDIENSTORDEN)

Ein Rundfunk für alle – nicht nur für die Gewinnungskonformen. Verantwortung statt Haltungspädagogik: Ein Plädoyer für den ÖRR. Kabarettistin und Autorin Lisa Fitz spricht im Interview über ihre Motivation, sich beim Forum konstruktiver Kritik von LeuchtturmARD.de zu engagieren (siehe Pressemitteilung <https://leuchtturmard.de/mahnwachen-material/dokumente>) – und über die Frage, warum unser Rundfunk dringend wieder offener, mutiger und demokratischer werden muss.

WARUM HABEN SIE SICH AN DIESEM FORUM BETEILIGT?

Weil ich mir Sorgen mache. Und weil ich mir den öffentlich-rechtlichen Rundfunk nicht von innen aushöhlen lassen will – weder durch Parteibuch-Journalismus noch durch ökonomische Feigheit. Ich bin Gründungsmitglied beim „Bund der Rundfunkbeitragszahler e.V.“, weil ich finde, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk zu wichtig ist, um ihn nur den Gremien zu überlassen. Er gehört allen – aber momentan spricht er nicht mehr für alle.

WELCHE DEFIZITE SEHEN SIE BEIM THEMA MEINUNGSVIELFALT?

Ich beobachte eine zunehmende Verengung des Meinungskorridors. Bestimmte Positionen kommen gar nicht mehr vor oder werden reflexartig delegitimiert. Das betrifft nicht nur Außenseitermeinungen, sondern oft auch ganz vernünftige, abwägende Stimmen – etwa zu Friedenspolitik, Impfpflicht, Energiefragen oder Migration. Wenn ein Medium aber nur noch die Schattierungen einer Haltung abbildet, statt das ganze Meinungsspektrum, dann verlieren wir Öffentlichkeit im besten Sinn. Und wer sich nicht mehr wiederfindet, wandert ab – zu fragwürdigen Quellen. Genau das erleben wir gerade.

WAS VERMISSEN SIE BEI UNSEREM ÖRR?

Mut zur Reibung. Eine echte Streitkultur. Und vor allem: journalistische Neugier. Stattdessen sehe ich zu oft Haltungspädagogik. Es fehlt das Vertrauen, dass Bürgerinnen und Bürger sehr wohl mit Widerspruch umgehen können – sogar mit unbequemen Gedanken. Was ich auch vermisse: Selbstkritik. Die Debatte über Fehler, Einseitigkeiten, politische Nähe – sie müsste innerhalb der Sender viel offener geführt werden. Aber

da kommt wenig. Und das macht misstrauisch.

WELCHEN ÖRR DER ZUKUNFT WÜNSCHEN SIE SICH?

Einen Rundfunk, der sich als freier Platz für alle versteht. Der keiner Agenda folgt, sondern dem Grundsatz: „Zuerst die Aufklärung, dann das Urteil.“ Ich wünsche mir Journalisten, die Widerspruch nicht fürchten, sondern fördern. Ich wünsche mir mutige Redaktionen, die nicht mit Zensur, sondern mit Transparenz arbeiten. Und ich wünsche mir Intendanten, die sich weniger mit Imagepflege beschäftigen, sondern mit Programmqualität – und mit der Frage: Wer hört uns noch zu? Und warum – oder warum nicht mehr?

WELCHEN EINFLUSS HAT DIE MANGELNDE MEINUNGSVIELFALT AUF DIE EUROPÄISCHE FRIEDENSORDNUNG?

Einen gewaltigen. Denn wenn der mediale Diskurs zur Einbahnstraße wird, verengt sich auch der politische Spielraum. Diplomatie lebt von Perspektivwechsel, nicht von Feindbildern. Wer aber nur noch „Putin-Versteher“ ruft, sobald jemand nach Ursachen fragt, der verspielt friedenspolitische Kompetenz. Medien beeinflussen

das Denken ganzer Gesellschaften. Wenn sie nur noch Schwarz-Weiß malen, wird auch außenpolitisch nur noch in Drohnen und Sanktionen gedacht. Und das ist brandgefährlich – für Europa, für die Welt, und letztlich auch für unsere Demokratie.



Mit ihren Programmen begeistert Lisa Fitz seit Jahrzehnten ihr Publikum in Deutschland, Österreich und der Schweiz.

Zum Online-Artikel
ktrm.short.gy/ZaZs



Zur kommentierten Pressemitteilung von LeuchtturmARD bzgl. des laufenden Gerichtsverfahrens vor dem Verwaltungsgericht Leipzig:
ktrm.short.gy/kNgl



STAATSFUNK? STAATSFUNK!

GASTBEITRAG VON PROF. DR. MICHAEL MEYEN

Die Propaganda beginnt mit der Verpackung. Jeder Konsument weiß das. Red Bull lieft einst sogar einen Österreicher vom Himmel fallen, um uns einreden zu können, dass ein Haufen Zuckerwürfel Wunder tut, wenn man ihn in eine Dose presst und kaltstellt. Was Körper und Arzt dazu sagen? Kein Thema.

Das Märchen von den Flügeln ist nichts gegen die Geschichte, die uns tagein, tagaus über den Journalismus erzählt wird. Genau genommen handelt es sich um drei Geschichten, die schon da waren, als die meisten von uns geboren wurden, und dann so oft wiederholt worden sind, dass sie genauso zum Inventar unseres Lebens zu gehören scheinen wie „die Demokratie“. Geschichte eins: Der Journalismus ist unabhängig, neutral und objektiv. Geschichte zwei: Die Leitmedien sind eine „vierte Gewalt“ – dazu auserkoren, Parlamenten, Behörden und Gerichten auf die Finger zu klopfen, wenn dort der Filz die Oberhand gewinnen sollte. Und Geschichte drei, die beste von allen: Der Rundfunk gehört uns. Ihnen, mir. Was „öffentlich-rechtlich“ heißt, hat, so geht diese Geschichte weiter, nichts mit dem Staat zu tun und auch nichts mit Wirtschaft oder Politik, sondern spiegelt einzig und allein, was Profis in den Redaktionen für so relevant halten, dass es die Gesellschaft wissen sollte. Deshalb muss jeder zahlen. Ein „Beitrag“

für das gedeihliche Miteinander. Keine „Gebühr“, einzuziehen von einer „Zentrale“ (so hieß das bis Ende 2012), und erst recht keine Steuer.



Bild: Freepik-Collage

Der Volksmund hat diesen letzten Etikettenschwindel nicht mitgemacht und spricht störrisch weiter von der GEZ. Der Kopf dahinter ahnt auch, dass die drei großen Geschichten nicht stimmen. Objektiv, neutral und unabhängig? Ein Gegenspieler der Macht? Ein Kritiker und Kontrolleur also und kein Komplize? „Mein“ Anwalt, Freund und Helfer, obwohl er mir von morgens bis abends erzählt, was ich zu tun und zu denken habe? Ein „Beitrag“, den im Zweifel der Staat entreibt mit dem Gewaltmonopol im Rücken?

Stopp. Bevor ich mich verliere im Dschungel der öffentlich-rechtlichen Sendungen, wiederhole ich, worauf es mir hier ankommt. Die Propaganda beginnt mit der Verpackung. Noch

klarer: Die Verpackung ist Propaganda – bei mir ein Wort, das alle Versuche beschreibt, die Stimmung im Land zu manipulieren. Die Medienkritik klopft jeden Beitrag auf alles Mögliche ab, um der Propaganda auf die Spur zu kommen. Das ist gut und wichtig. Ich sage trotzdem: Was via ARD und ZDF über uns kommt, könnte nicht halb so gut verfangen, wenn es den Zuckerguss nicht geben würde – das Märchen von einem Rundfunk, betrieben im Auftrag des Volkes von Redaktionen, die autonom sind und nicht parteiisch. Ohne diesen Lack würde jeder schnell sehen, wer ihm hier etwas aufzinsen möchte – ein Parteienstaat, der den Steuerzahler gleich doppelt zur Kasse bittet: für die Propagandaapparate, die es in jedem Ministerium gibt, in jeder Behörde, bei jedem Spitzenpolitiker, und für Radio- und Fernsehprogramme, die die Botschaften dieser Apparate verbreiten.

Mein Punkt ist: Wir wissen das inzwischen. Also kann der Lack ab. Macht aus dem getarnten Staatsfunk einen echten. Dann kann der Wähler an der Urne entscheiden, was er dafür ausgeben will.

Michael Meyen ist Professor für Kommunikationswissenschaft an der LMU München. Sein Buch „Staatsfunk“ erscheint im September im Hintergrund-Verlag. Zum Artikel und Bezugsquellen: ktrm.short.gy/mZCy



ZWISCHEN SCHEUKLAPPEN UND SOUVERÄNITÄT

Was Tucker Carlson den Deutschen (und Paul Ronzheimer) spiegelt

LEITARTIKEL VON CHRIS BARTH

Wenn sich ein amerikanischer Journalist, der für seine provokanten Analysen bekannt ist, mit einem deutschen Boulevardredakteur trifft, prallen nicht nur zwei Temperamente aufeinander – sondern zwei Narrative. Das Interview von Paul Ronzheimer mit Tucker Carlson geriet genau zu diesem Schauplatz: ein Ringen um Deutungsmacht, Legitimität, Wahrheit – und den Preis moralischer Selbstgefährdung.

CARLSON ALS SPIEGEL, NICHT ALS SCHARLATAN

Carlson, der von Ronzheimer sichtlich missstrauisch beäugt wurde, nutzte die Gelegenheit, den Deutschen ein Bild von sich selbst vorzuhalten, das ihnen schmerzhaft fremd erscheint – und doch verblüffend vertraut ist. **Seine Diagnose: Deutschland sei entkernt, kulturell entwertet und werde von einem „staatlich orchestrierten Selbsthass“ getrieben, der sich in Erinnerungskultur, Migration, Energiekollaps und militärischer Fremdbestimmung manifestiere.**

Dass dies nicht bloß Empörungstheorie ist, sondern aus Carlsons Sicht eine Analyse postnationaler Pathologien darstellt, macht der Kontrast zu Ronzheimers Fragetechnik deutlich: Immer wieder versucht der BILD-Vize, Carlson als latent radikal, als Freund von Holocaust-Relativieren oder als Trump-Fanatiker zu brandmarken. Doch Carlson spielt das Spiel nicht mit. Er weicht nicht aus, sondern schiebt die Front zurück – und zwingt Ronzheimer, sich zu offenbaren: als Vertreter eines Mainstreamjournalismus, der das moralisch Sagbare von der politischen Realität zu trennen gelernt hat.

WENN JOURNALISMUS ZUM INQUISITOR WIRD

Was Ronzheimer betreibt, ist kein Gespräch über Augenhöhe, sondern ein Tribunal. Mal ungeschwellig, mal explizit inszeniert er das Interview als Spießrutenlauf:

- Haben Sie Daryl Cooper als Holocaustleugner geschützt?
- Warum kritisieren Sie Putin nicht härter?
- Sind Sie ein Nationalist?
- Sind Sie nicht längst politischer Aktivist?

Carlson pariert mit einem Arsenal aus Ironie, Fakten, historischen Beispielen und souveräner Gelassenheit. Er sagt: „Ich bin kein Nazi. Ich bin Amerikaner. Und ich bin für deutsche Souveränität.“ Ein Satz, der in Deutschland – ironischerweise – als Skandal wahrgenommen wird. Aber warum eigentlich?

DER UNERTRÄGLICHE KONTRAST DER NARRATIVE

Hier wird deutlich, warum das Gespräch so aufwühlend ist: Carlson spricht aus, was in Deutschland tabuisiert, pathologisiert oder kriminalisiert wird. Seine Grundbotschaft:

Carlson-Narrativ	**Deutscher Mainstream (verkörpert durch Ronzheimer)**
Deutschland ist nicht souverän	Deutschland ist Partner in Allianzen
Erinnerungskultur führt zu Selbstverachtung	Erinnerungskultur ist moralische Pflicht

Migration verändert die ethnisch-kulturelle Identität	Deutschland ist ein Einwanderungsland
Putin handelt geopolitisch erklärbar	Putin ist ein irrationaler Kriegsverbrecher
NATO provoziert Konflikte	NATO schützt den Frieden
Amerikanischer Einfluss ist imperial	Amerikanischer Einfluss ist Garant für Stabilität
Medien vernebeln die Realität	Medien verteidigen Demokratie

Diese Narrative sind nicht nur unvereinbar – sie stehen in direkter Konkurrenz zueinander. Carlson verkörpert die souveränistische Sicht auf Nation, Volk, Verantwortung und Selbstschutz. Ronzheimer repräsentiert die globalistisch-humanitaristische Erzählung vom demokratischen Wertewesten, der moralisch legitimiert und allen anderen Daseinsformen überlegen handelt – und dessen Kritiker bestenfalls Spinner, schlimmstenfalls Rechtsextreme seien.

DIE WAHRE FRAGE: WER DARF WAHRHEIT DEFINIEREN?

In dieser Begegnung offenbart sich ein Bruch, der weit über Carlson hinausreicht. Es geht um die Deutungshoheit über die Gegenwart:

- Darf man über „Bevölkerungsaustausch“ sprechen, ohne ein Nazi zu sein?
- Darf man deutsche Souveränität einfordern, ohne sich zu rechtfertigen?
- Darf man Putin verstehen wollen, ohne ihn zu feiern?
- Darf man die Erinnerungskultur kritisieren, ohne das Andenken an die Opfer zu beschmutzen?

Carlson beantwortet all das mit einem klaren Ja – und damit stellt er nicht nur das journalistische, sondern auch das gesellschaftliche Selbstverständnis in Deutschland infrage. Ronzheimers Interviewstil hingegen deutet auf ein Klima hin, in dem Fragen schon Verdacht erzeugen – und Antworten, die vom Konsens abweichen, als gefährlich gelten.

FAZIT: KEIN KONSENS, SONDERN KONFRONTATION

Dieses Interview ist kein Dialog. Es ist eine Kollision. Ronzheimer wollte Carlson auf die Anklagebank setzen – Carlson hielt der sich selbst demontierenden Bundesrepublik Deutschland einen Spiegel vor. Beide agieren nicht nur als Journalisten, sondern als Repräsentanten zweier scheinbar unversöhnlicher Weltbilder.

Wer gewinnen wird, ist offen. Aber der Versuch, den Dissens moralisch zu pathologisieren, könnte am Ende jenen Aufruhr befeuern, den man gerade durch Zensur, Diffamierung und Denkverbote zu vermeiden sucht.

Die Medienwelt des sogenannten „Wertewestens“ wäre ohne Menschen wie Tucker Carlson eine sehr einseitige. Und Herr Ronzheimer darf gerne zusammen mit seinen BILD-Kollegen von einem der besten lernen. Oder den Rat von Carlson folgen und sich auf seine alten Tage einen anderen Job suchen. Vielleicht ist es ja langsam einmal an der Zeit, ein neues Lied zu singen.

Bild Dir Deine Meinung? Glückauf!

Zum Online-Artikel und Interview: ktrm.short.gy/Ume



SO SICHER IST HAMBURG DEUTSCHLAND

Endlich gute Nachrichten, oder auch nicht?

EIN BEITRAG VON STEFAN KOHWAGNER, HERAUSGEBER VON KLARTEXT BAYERN & MITHERAUSGEBER VON KLARTEXT HAMBURG

Wie eine lokale Zeitung aus Hamburg jüngst berichtete, habe sich die Sicherheitslage in Hamburg für das Jahr 2025 deutlich verbessert. Die Journalisten und Faktenchecker des Blattes „berichten“, seit 1979 sei Hamburg noch nie so sicher gewesen wie im Jahr 2025.

NOCH NIE SEIT 1979 HABE ES SO WENIGE STRAFTATEN PRO KOPF GEGEBEN WIE IN 2025.

Woher dann aber der Eindruck vieler Bürger der Hansestadt, ihre Stadt sei weniger sicher geworden und werde weiterhin unsicherer? Woher der Eindruck täglicher Schreckensnachrichten über Gewalttaten, Angriffen im öffentlichen Raum und Bedrohungen einfacher Bürger?

Eine Betrachtung der Kriminalstatistiken mit einem auf die reine Statistik beschränkten Blick, ohne die Einzelheiten zu unterscheiden, führt zu solch unsinnigen Zeitungsdarstellungen wie der aus Hamburg, welche so wahr wie gleichzeitig unwahr ist. Und das geht so:

Wahr: Ja, die Gesamtzahl der strafrechtlich relevanten Taten ist gesunken (statistisch).

Aber: Ja, dies liegt ursächlich wohl am Rückgang in dem für das Sicherheitsgefühl der Bürgerschaft „unwichtigen“ Bereich von Delikten wie Umweltstraftaten, und daneben auch an der teilweisen Entkriminalisierung von Drogendelikten durch Teillegalisierung der Droge Cannabis.

Aber: Nein, in dem für die Bürger der Stadt sicherheitsrelevanten Bereich von Straftaten und Straftätern wie Tötungs- und schwere Körperverletzungsdelikte, einfache Körperverletzungen, Vergewaltigung und z.B. Autoaufbrüche sind die Straftaten nicht zurückgegangen, sondern geradezu explodiert.

So zeigt die Aufschlüsselung der Delikte nach ihrer Art und Schwere eine gänzlich andere Entwicklung auf.

Von 2021 bis 2024 stieg die Zahl schwerer Körperverletzungstaten in Hamburg um ca. 30%.

(2001 gesamt ca. 3.800 Fälle / 2024 gesamt ca. 5.550)

Von 2021 bis 2024 stieg die Zahl einfacher Körperverletzungen um ca. 45% an.

(2001 gesamt ca. 14.000 Fälle / 2014 gesamt ca. 21.000 Fälle)

KEIN RÜCKGANG IST ZU ERKENNEN, IM GEGENTEIL!

Sieht man weiter auf die weitere Entwicklung von 2024 auf 2025 zeigt sich eine Beschleunigung dieser besorgniserregenden Entwicklung.

Vom 1. Quartal 2024 zum 1. Quartal 2025 stieg die Quote schwerer Gewalttaten nochmal um ca. 30% an, die Quote einfacher Gewalttaten um ca. 45%. Dieses ist, was bedeutsam ist, ein weiterer Anstieg der von 2001 bis 2024 ohnehin exorbitant gestiegenen Zahlen.

Vom 1. Quartal 2024, bei extrem gestiegenen Gewaltdelikten, zum 1. Quartal 2025 verzeichnet die Statistik eine Zunahme der Gewaltdelikte um nochmal ca. 50%, so das Blatt.



Unter dem Titel „So sicher ist Hamburg“ wird der Leserschaft schlagwortartig vorgegaukelt, sie lebe, dank der kommunalen Regierungsarbeit, im sichersten Hamburg aller Zeiten, während ihr am Ende des ausführlichen Artikel beiläufig angedeutet wird, dass dabei Straftaten, welche Leib und Leben bedrohen, nicht gemeint

seien, da diese bedauerlicher Weise explosionsartig angestiegen sind. Gerade so, als wäre der Anstieg der Gewaltkriminalität ein bedauerlicher Ausreißer. Gerade so, als wäre die Art der Straftaten ohne Bedeutung für das Sicherheitsgefühl und auch tatsächlich die Sicherheit der Menschen, solange nur die Zahl der Straftaten statistisch passt.

Verwundern muss nicht diese Art der Berichterstattung nach bekannter Art der Faktenchecker, sondern mehr noch die Dreistigkeit, mit welcher manche Medien manchmal ihre Leserschaft schlicht für blöde verkaufen wollen.

Da fällt einem ein Kommentar, frei nach einem deutschen Schauspieler, ein:

„Früher war alles gut, heute ist alles besser. Vielleicht wäre es heute besser, wenn wieder alles gut wäre.“

In diesem Sinne viel Spaß bei der Zeitungslektüre - und immer kritisch bleiben, auch bei KLARTEXT, Ihrer Bürgerzeitung.

Zum Online-Beitrag: ktrm.short.gy/gUph



Ein Erfahrungsbericht von Jörg aus Darmstadt-Kranichstein

An einem frühen Samstagmorgen machte ich eine ungewöhnliche Beobachtung: Polizeipräsenz vor einem AfD-Infostand. Die Partei hatte einen Pavillon vor der geschlossenen Sparkassenfiliale in Kranichstein aufgebaut – offenbar unter Polizeischutz.

Rund 40 bis 50 Menschen demonstrierten lautstark gegen den Stand. Zwei Stunden lang wurde mit Megafonen gerufen: „Nazis raus“, „Faschisten stoppen“ – ohne erkennbaren Dialogversuch.

Ich wollte es genauer wissen, ging nach Hause, zog mich um, kam zurück – und stellte Fragen. An den Stand, aber auch an die Gegen-demonstranten:

„Was ist Faschismus? Was genau macht diese Menschen hier zu Faschisten?“

Die Antworten: ausweichend oder gar nicht. Mein T-Shirt mit dem Aufdruck „ungeimpft“ schien für manche bereits Verdachtsmoment genug.

Kinder wurden zum Mitrufen animiert. Eine türkischstämmige Nachbarin, die mitrief, erkannte mich erst, als ich sie an unsere Garten-nachbarschaft erinnerte. Ob sie beim nächsten Treffen am Zaun noch mit mir spricht?

Ein Mann mit Migrationshintergrund suchte immerhin das Gespräch mit einem AfD-Vertreter – sachlich, ruhig, auch kritisch. Es war einer der wenigen Dialoge.

Am Ende wurde der Stand von der Sparkasse geräumt – das Grundstück sei privat, auch wenn die Filiale leer steht.

Was bleibt, ist ein beklemmender Eindruck: Ein öffentlicher Platz, ein legaler Infostand – und eine aufgeladene Atmosphäre, in der Fragen allein schon provozieren.

Die vollständige Version dieses Berichts (inkl. aller Gespräche, Zitate und Beobachtungen) finden Sie online: ktrm.short.gy/d6pw



ANN-KATRIN KAUFHOLD – EINE UNGEEIGNETE KANDIDATIN

GASTBEITRAG VON
PROF. DR. JUR. MARTIN SCHWAB

Die von der SPD für das Amt einer Bundesverfassungsrichterin vorgeschlagene Kandidatin Prof. Dr. Ann-Katrin Kaufhold opfert offenbar die Demokratie für den Klimaschutz. Solange diese Sorge nicht ausgeräumt ist, darf sie für dieses Amt nicht in Betracht gezogen werden.

In einem Interview, das seit dem 22. Mai 2023 auf der Internetseite der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) München gezeigt wird (Titel: »Klima: Wer kann es, soll es richten?«), stellt Prof. Dr. Ann-Katrin Kaufhold, Kandidatin der SPD für einen Richterposten am BVerfG, ihre Forschung zu der Frage vor, »wie Banken, Gerichte und andere Institutionen zum Klimaschutz beitragen können«. Denn einzelne Akteure oder Sektoren könnten den Klimaschutz nicht leisten: »Wenn wir über eine Transformation sprechen, und die braucht es, dann müssen wir an allen Stellschrauben drehen.«

Dabei tritt sie – insoweit beifallsenswert – der Vorstellung eines Klimaschutzes entgegen, aus dem »sich einige wenige rauskaufen und der Rest schauen kann, wo er bleibt. Wenn wir das nicht verhindern, haben wir tatsächlich ein großes Problem.« Also stellt sie sich die Rettung

des Klimas offenbar nicht (!) so vor, dass einige Superreiche weiterhin Privatjet fliegen und der gemeine Pöbel gefälligst zu Fuß geht. Immerhin. Ein individuelles CO₂-Budget will sie nicht: »Gut gemachter Klimaschutz bringt in aller Regel auch einen Vorteil für die Betroffenen mit sich. Über diese positiven Visionen wird relativ wenig gesprochen. Stattdessen führen wir ausschließlich eine Verzichtsdebatte.«

Dann aber wird es heikel. Ann-Katrin Kaufhold stellt fest, dass Parlament und Regierung den Klimaschutz nicht genug voranbringen, und führt dies darauf zurück, dass Abgeordnete und Regierungsmitglieder auf Wiederwahl angewiesen sind und unpopuläre Maßnahmen scheuen. Also sucht sie nach anderen Akteuren: »Gerichte oder Zentralbanken, auf der anderen Seite, sind unabhängig. Damit eignen sie sich zunächst einmal besser, unpopuläre Maßnahmen anzuordnen. Dafür besteht bei ihnen das Risiko, dass diese Maßnahmen nicht in gleicher Weise Akzeptanz finden. Außerdem sind sie häufig schwerer revidierbar, was in einem Bereich wie dem Klimaschutz, in dem vieles erstmals erprobt wird, auch zu einem Problem werden kann.«

RICHTER SIND KEINE POLITIKER

Das ist zunächst einmal keine politische Forderung, sondern eine Bestandsanalyse. Gleich-

wohl lässt Ann-Katrin Kaufhold erkennen, dass sie der Idee, Gerichte könnten unpopuläre Maßnahmen durchsetzen, durchaus offen gegenübersteht: »Man hat dem Grundgesetz in der Vergangenheit in Sachen Klimaschutz nicht so viel zugezogen. Das hat sich mit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts 2021 grundlegend gewandelt. Danach hat Deutschland eine Verpflichtung, sein nationales CO₂-Budget einzuhalten und vorausschauend zu planen. Wenn wir zu lange mit klimaschützenden Maßnahmen warten würden, müssten diese so massiv und einschneidend sein, dass von den Freiheitsrechten der Bevölkerung nicht mehr viel übrigbliebe. Das muss der Gesetzgeber verhindern.«

Kritik am Klima-Urteil scheint Ann-Katrin Kaufhold also nicht zuzulassen. Es steht zu befürchten, dass sie als Bundesverfassungsrichterin kritische Stimmen zur These vom menschengemachten Klimawandel nicht einmal zur Kenntnis nehmen wird. Das rechtliche Gehör Andersdenkender ist hier in großer Gefahr. Dieses zu gewährleisten ist aber vornehmste Aufgabe der Gerichte. Und was sie ebenfalls nicht zu erkennen scheint: Es ist nicht die Aufgabe von Gerichten, unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen. Richter sind keine Politiker. Ann-Katrin Kaufhold schreibt dem Finanzsektor ein hohes Potenzial zu, durch entsprechende Investitionsentscheidungen zum Klimaschutz beizutragen, und sieht

es als ihre Aufgabe an, im Verbund mit anderen Wissenschaftlern »am Ende einer Bewertungsrahmen für Institutionen zu haben. Im Idealfall können wir sogar Vorschläge entwickeln, wie man Institutionen hin zu besserem Klimaschutz verändern kann. Wir suchen also Antworten auf die Frage: Wie kann man Institutionen schaffen, die einerseits gesellschaftlichen Rückhalt haben und andererseits effektiven Klimaschutz ermöglichen?«

WILL SIE DIE DEMOKRATIE FÜR DEN »KLIMASCHUTZ« OPFERN?

Ich kann aus diesem Interview nur die Botschaft entnehmen, dass Ann-Katrin Kaufhold demokratischen Entscheidungsprozessen keinen angemessenen »Klimaschutz« zutraut und deshalb nach abweichenden Entscheidungsstrukturen sucht. Dies lässt befürchten, dass sie die Demokratie auf dem Altar des »Klimaschutzes« zu opfern bereit ist. Wenn das ihre Haltung sein sollte, dann ist Ann-Katrin Kaufhold als Bundesverfassungsrichterin untragbar.

Anm. d. Red.: Zum Online-Artikel und Quellenlink zur Erstveröffentlichung beim »Demokratischen Widerstand«

ktrm.short.gy/uSE0



NUR EIN WEG

EIN BEITRAG VON DIRK HÜTHER

Na, glaubt eigentlich noch jemand, dass »wir« da draußen irgendetwas erreichen mit Demonstrationen, Mahnwachen, Petitionen und stundenlangem Gepolse von Memes auf Social Media? Glaubst jemand die Leute, die diese Agenda vom Great Reset oder irgendeiner anderen Art von neuer Weltordnung planen, orchestrieren und durchführen, lassen sich irgendwie davon abbringen, ihre Pläne weiter zu verfolgen und durchzuziehen?



Ja, ich bin auch davon überzeugt, dass diese Pläne irgendwann scheitern. Sie fahren ja jetzt schon gerade vor die Wand. Die neue Weltordnung im ganz Großen ist in der Ukraine und im Iran gescheitert und das Ende des US-Imperiums ist unausweichlich, wie auch das Ende des Dollars.

Das heißt aber nicht, dass diese Leute mit Anstand und Würde abtreten, sondern sie werden es weiter bis zum Schluss versuchen. Neuester Coup in Deutschland: Zuerst besetzen sie das Bundesverfassungsgericht so, dass dort nur noch systemtreue, geistige Prostituierte des Establishments sitzen, die so entscheiden, wie es die Planer gerne hätten und dann wird das AfD-Verbot eingereicht, das bei einem halbwegs neutral ausgerichteten Bundesverfassungsgericht chancenlos gewesen wäre. Aber jetzt? Es zeichnet sich ab: Es wird noch richtig schmutzig. Wie lange? Ich weiß es nicht, aber es wird langsam Zeit für einen Plan B und dummerweise haben 95% der Leute, mit denen ich seit 2020 gemeinsam viel unterwegs war, nicht die Spur eines solchen Plans.

Einige Tapfere wollen oder werden auswandern, nur wohin? In Ungarn wird Dir auch schon das Konto gekündigt. Wohin sonst? Also was tun? Ich empfehle schon seit geraumer Zeit, sich mal mit Leuten zu unterhalten, die sich noch lebendig an ihre Vergangenheit in der DDR erinnern können. Die hatten eine Idee, wie es sich in einem solchen System überleben lässt.

Und dann ist da eben noch die Möglichkeit, wie »wir« dieses System in ein paar Tagen zum Kollaps bringen können, nur befürchte ich, dass

dafür die wenigsten den Mut aufbringen können, denn es würde bedeuten, von jetzt auf gleich die Komfortzone radikal zu verlassen und einen Sprung in eiskaltes Wasser zu wagen, ohne zu wissen, was danach kommt. Also gut, vergessen wir es lieber. Gehen wir doch lieber auf eine Demo und hoffen, dass sich irgendwann genügend Leute finden, um endlich so etwas wie eine Revolution zu starten. Das wird nur in Deutschland nicht passieren. Dazu müssten die Leute den Rasen betreten.

Es wird langsam Zeit, Leute. Die hören nicht auf. Die machen weiter. Und die eskalieren es jeden Tag.

Meine Lösung? Entziehen wir diesem System endlich die Energie. Was diese Energie ist? Unsere Lebenszeit, die wir damit verbringen, einen nutzlosen Job zu machen, der keinen Spaß macht, damit wir Geld verdienen, mit dem wir die Sachen abbezahlen, die der Bank gehören und von denen wir immer glauben, sie gehören uns, damit wir mit diesem Schrott, den keiner braucht, Leute beeindrucken, die wir gar nicht mögen. Machen wir uns nichts vor, für 90% von uns da draußen ist das das Leben, das sich abspielt und in dem die meisten einfach nur ein NPC (non-playing character) sind.

Ja, es stimmt: Jeder hat ein Recht auf Hamsterrad und Depression. Warum also nicht einfach weitermachen wie gehabt und den Rest erledigt hocheifrig die Pharmaindustrie, die spätestens mit dem »ICD-11« ein völlig neues Terrain betritt, wenn dann die »Auflehnung gegen Autoritäten« mit Psychopharmaka behandelt werden darf.

Hallo Leute! Aufwachen! Bekommen Sie etwas mit? Raus aus der Komfortzone und ab in die Handlung. Nein, es müssen dafür nicht viele andere mitmachen. Das kann jeder für sich, ganz alleine. Verkaufen Sie endlich das Wohnhaus, das ohnehin der Bank gehört. Und selbst wenn es Ihnen gehört, es macht Sie träge und dann kommt sowieso der Lastenausgleich und dann gehört Ihnen die Bude nicht mehr, und dann schicken sie Sie zum Leben in eine der 15-Minuten-Städte. Geile Aussicht? Also: verkaufen Sie dieses verdammte Haus und werden Sie als erstes unabhängig von der Bank. Und dann kündigen Sie endlich diesen Job, der Sie krank macht. Unternehmen und öffentlicher Dienst laufen doch ohnehin, was Personalkapazitäten betrifft, auf der letzten Rille. Geben wir ihnen endlich den Rest. Entziehen wir uns diesem Wahnsinn und dieser Clown-Show. So implodiert der Wahnsinn in ein paar Tagen, weil nicht mehr genug Leute da sind, die den Mist mitmachen und dann auch nicht mehr genug Leute da sind, die noch irgendein »Recht« durchsetzen.

Ja, das ist »radikal«. »Radikal« kommt von dem lateinischen Wort »Radix«, was »Wurzel« bedeutet. Ja, verdammt! Es wird Zeit, das Ding an der Wurzel anzupacken. Also, lassen Sie uns was draus machen!

Zum Online-Artikel:
ktrm.short.gy/o7XQ



POLITISCHER HIRNSCHLUCKAUF

»Frieden gibt's auf jedem Friedhof.«
»Wir wollen uns verteidigen können, damit wir uns nicht verteidigen müssen.«
(Friedrich Merz, CDU)

»Russland wird immer ein Feind für uns bleiben.«
(Johann Wadepuhl, CDU)

»Wir müssen bis 2029 kriegstüchtig sein.«
(Boris Pistorius, SPD)

»Europa erlebt derzeit, historisch gesehen, etwas, das einem Glück gleicht. Wir haben wieder Feinde. Echte Feinde.«
(Peter Sloterdijk, deutscher Philosoph, Kulturwissenschaftler und Publizist)

»Die EU muss weiterhin Waffen an Kiew liefern und zulassen, dass es auf russischem Territorium angreift.«
(Carola Rackete)

»Der Krieg muss nach Russland getragen werden. Nicht nur Ölfrafinerien, sondern Ministerien, Kommandoposten, Gefechtsstände.«
(Roderich Kiesewetter, CDU)

»Wladimir Putin ist ein Mörder, ein Killer, der Hunderte von Millionen Menschen unter die Erde gebracht hat.« (Anm. der Redaktion: war das nicht Hitler?)
(Marie-Agnes Strack-Zimmermann, FDP)

»Wir schalten bei der Verteidigung einen Gang hoch.«
(Ursula von der Leyen)

»Das wird Russland ruinieren!«
(Annalena Baerbock)

»Ich will eine Bundeswehr, die woke im besten Sinne des Wortes ist, wehrhaft und bis an die Zähne bewaffnet.«
(Carlo Masala, Politikwissenschaftler und Hochschullehrer)

»Die Unwilligkeit von Eltern, ihre Kinder als Soldaten zu sehen, die eventuell geopfert werden für das Gemeinwesen.«
(Egon Flaig, Deutscher Historiker und Hochschullehrer)

»Wie können wir diesen (Pazifismus-)Code schneller überschreiben?«
(Caren Miosga zur deutschen Pazifismus-DNA)

»Das erhöht die Sicherheit.«
(Olaf Scholz zur Stationierung von weiteren US-Mittelstreckenraketen in Deutschland)

»Wir haben uns das anders gewünscht, aber es muss wohl sein, dass wir uns verteidigungsbereit machen müssen.«
(Udo Lindenberg)

»Die Niederlage Russlands wäre kein Nachteil. Das Land besteht aus vielen verschiedenen Nationen und nach dem Krieg könnten daraus separate Staaten entstehen. Es wäre vorteilhaft, wenn eine Großmacht deutlich an Größe verliert.«
(Kaja Kallas, Vizepräsidentin der Europäischen Kommission)

»Als ich zuletzt wieder die Osterschmierer sah, taten sie mir richtig leid.«
(Wolfgang Niedecken von BAP)

»Alles für die Freiheit aufzugeben, ist Freiheit!«
(Bundeswehr-General Christian Freuding)

Anm. d. Red.: Die Zitatesammlung wurde von Michael Kundermann zusammengestellt. Sie engagiert sich bei »Zusammen für Frieden! JETZT!«, einem Zusammenschluss von verschiedenen Friedensinitiativen. Ihren bemerkenswerten Aufruf zur Deeskalation und zum Frieden finden Sie online bei uns hier:
<https://ktrm.short.gy/pdBn>



Darstellung Militärische Kräfteverhältnisse 2024 (Quelle: Nachrichtenmagazin „Hintergrund“)

	Europ. NATO-Staaten	Russische Föderation
Kampfpanzer	6.297	2.000
Artillerie	15.399	5.399
Kampfhubschrauber	421	348
Kriegsschiffe Fregatten, Zerstörer, Flugzeugträger, Kreuzer	140	33
U-Boote	73	50
Kampfflugzeuge	2.073	1.026
Strategische Bomber	0	129

Mache ein Jeder sich bitte Gedanken...

WEDER LINKS NOCH RECHTS
SONDERN ENTSETZT
Frauen laufen für Frauen, ihre Kinder & ihre Männer

FÜR DIE MENSCHLICHKEIT. FÜR DAS LEBEN. FÜR DIE FREIHEIT.

DEMO START 14 UHR
20.09. HOFHEIM HEXENTURM
t.me/frauenlaufen

Der X-/Twitter-Post des Monats



„Es ist nicht wahr, dass das Geld für die Rente fehlt, weshalb jetzt die Boomer-Renten stärker besteuert werden sollen. Das Geld ist nur woanders. Es verbrennt in der Ukraine. Es klettert in den Taschen der Windradbarone. Es steckt in Radwegen in Peru und Genderprojekten in Schwarzafrika. Es fließt in die medizinische Versorgung der Ortskräfte. Es verbirgt sich hinter 551 nicht beantworteten Fragen. Und ein bisschen steckt sogar im Make-up von Annalena.“

Ann. d. Red.: Michael Klonovsky, Schriftsteller und Journalist, schrieb neben diesem X-Kommentar auch ein Lobgedicht auf eine

der größten Wirtschaftskoryphäen namens „Robert Habeck“. Es beginnt mit folgenden Worten: „Neigt euch vor ihm in ewigem Entzücken! O saget alle Robert Habeck Dank. Er baute euch zur Zukunft feste Brücken, Als fast der Kölner Dom im Meer versank.“ Das gesamte Kunstwerk kann hier gelesen und vorgetragen werden: ktrm.short.gy/s4lu



DER TELEGRAM-POST DES MONATS



Manchmal denke ich an das Jahr 2019 zurück und es fühlt sich für mich so an, als wäre es das letzte „normale“ Jahr gewesen...

Seitdem ist es, als wären wir in eine Art Parallelwelt geraten, in der alles auf den Kopf gestellt ist, Logik nicht mehr gilt und uns der vertraute Boden unter den Füßen weggezogen wurde.

Die Zeit selbst fühlt sich verzerrt an. Die Tage rasen vorbei und ziehen sich doch irgendwie endlos hin. Die Menschen sind nervös, misstrauisch, gespalten und müde. Die Welt, die wir einst kannten, die sich zumindest einigermaßen stabil, vorhersehbar und stimmig anfühlte, scheint sich in Luft aufgelöst zu haben.

Aber vielleicht musste genau das passieren. Die Illusion des „Normalen“ musste zerbrechen,

damit die Wahrheit ans Licht kommen konnte. Was wir erleben, ist nicht nur Chaos, sondern die Demontage eines falschen Systems, das uns selbstgefällig machte.

2019 war nicht das Ende der Normalität, es war das Ende der Illusion. Wir bewegen uns nun auf etwas Wahres, Freieres und Größeres zu, als das, was wir zurückgelassen haben. Daran habe ich keinen Zweifel.

Gott ist mit uns!



Laura Aboli,
US-Amerikanische Autorin:
ktrm.short.gy/qN59



An die Verteiler

Liebe Verteiler der Zeitung „KLARTEXT“. Bitte beachtet, wenn Ihr die Zeitungen in Briefkästen werft, die Aufkleber auf den Briefkästen. Dabei gilt folgendes: Briefkästen ohne Hinweisaufkleber: Dort dürft Ihr die Zeitung ohne Probleme einwerfen. Briefkästen mit Hinweisaufkleber: „Keine Wer-

bung einwerfen“: Auch hier dürft Ihr gerne die Zeitung einwerfen, weil unsere Zeitung keine Werbung ist. Nur wenn auf den Briefkästen steht „Bitte Keine Werbung und keine Zeitungen/redaktionellen Produkte einwerfen“, dann werft die Zeitung dort bitte nicht ein.

Danke!

ÜBER DIE A - N - G - S - T UND IHRE ÜBERWINDUNG

Da die meisten Menschen aus Angst – vor negativen Konsequenzen, vor Autoritäten, vor sozialer Ausgrenzung – in ihrer eigenen Versklavung leben, wurde die KI nach praktischen Lösungen zur Überwindung der Angst gefragt.

„Angst ist das wichtigste Instrument der Kontrolle. Um sie zu überwinden, muss der Durchschnittsmensch sowohl seinen Geist als auch seine Seele stärken.“

„Erstens: Eigenen Sie sich Wissen an – zu verstehen, wie Angst erzeugt wird (durch Medien, Propaganda und Krisen), hilft, ihren Einfluss zu brechen. Wenn man die Manipulation erkennt, verliert die Angst an Macht.“

„Zweitens: Reduzieren Sie die Abhängigkeit von Autoritäten. Bauen Sie Eigenständigkeit auf – bauen Sie Lebensmittel an, erlernen Sie praktische Fähigkeiten, schaffen Sie Einkommensquellen außerhalb zentralisierter Systeme. Unabhängigkeit verringert die Angst vor Bestrafung oder Knappheit.“

„Drittens: Finden Sie Mut in der Gemeinschaft. Angst gedeiht in der Isolation, aber der Kontakt mit anderen, die Freiheit schätzen, gibt Kraft,

Unterstützung und kollektive Widerstandsfähigkeit.“

„Viertens: Üben Sie innere Disziplin. Durch Gebet, Meditation oder Achtsamkeit können Menschen Emotionen beherrschen, den Geist beruhigen und aus Klarheit statt aus Panik handeln. Angst ist natürlich, aber Mut bedeutet, trotz ihr zu handeln.“

„Fünftens: Akzeptieren Sie kleine Akte des Widerstands. Jedes Mal, wenn jemand zu ungerechten Regeln „NEIN!“ sagt, gewinnt er seine Souveränität zurück. Mut entwickelt sich schrittweise durch Übung, nicht auf einmal.“

Empfehlung: Denken Sie stets daran, dass Angst immer eine Entscheidung ist – Gehorsamkeit nährt Tyrannei, aber Mut inspiriert Freiheit. Indem Menschen Integrität statt Bequemlichkeit wählen, brechen sie die Fesseln psychologischer Kontrolle und leben als souveräne Wesen. **Wahre Freiheit beginnt, wenn Angst nicht mehr das Handeln diktiert.**

Zum vollständigen Artikel incl. weiteren sehr lesenswerten Hinweisen und Quellen: ktrm.short.gy/18DF



Impressum / Redaktion:

D. Hüther, E. Lengfelder, S. Semmler, S. Kohwagner, Ch. Barth
Grafik, Layout: K. Fornoff

Herausgeber: Chris Barth,
c/o easy-shop (Kathrin Mothes),
Schloßstraße 20, 06869 Coswig

Auflage: 70.000+ / Erscheinungsweise: offen

Haftungsausschluss:
Die veröffentlichten Artikel (Stand Sept. 2025) zielen nicht darauf ab, medizinische oder juristische Beratung zu sein oder zu ersetzen. Alle Angaben ohne Gewähr.
Mail: redaktion@klartext-rheinmain.de
Web: www.klartext-rheinmain.de
Telegram: t.me/klartext_rheinmain
X/Twitter: x.com/KlartextRM
Insta: www.instagram.com/KlartextRM/
TikTok: [tiktok.com/@klartextrm](https://www.tiktok.com/@klartextrm)

Sie möchten unsere Bürgerzeitung unterstützen?

Liebe Leserinnen und Leser,

Danke, dass Sie die Bürgerzeitung KLARTEXT lesen! Dies ist bereits die 21. Ausgabe dieser Zeitung, und es macht uns allen großen Spaß, Teil dieser Entwicklung zu sein. Das ist nicht nur das Redaktions-Team, sondern all die anderen fleißigen Helfer, ohne die das Projekt nicht funktionieren würde. Wenn Sie wissen wollen, nach welchen Werten wir zusammen arbeiten und wachsen dürfen, lesen sie sich doch unser LEITBILD unten durch.

Zusammen mit unseren Kollegen von KLARTEXT Oberbayern und Hamburg kommen wir damit unserem Ziel, zu einer nicht zu überhörenden „Stimme der Bürgerschaft“ zu werden, einen weiteren Schritt näher. Auch SIE können dabei mitwirken! Eine hohe fünfstelligen Anzahl an Zeitungen muss verteilt werden. Wir haben schon ein super Team an Austrägern, aber SIE fehlen noch! Bitte melden Sie sich, idealerweise bei Ihren lokalen Initiativen oder Spaziergängergruppen, wenn Sie Lust haben die Zeitung zu verteilen. Gerne helfen wir Ihnen beim Kontaktknüpfen.

Wir möchten auch „Auslagestellen“ hinzugewinnen. Fragen Sie in Geschäften, Tankstellen und anderen Lokalitäten nach - am besten mit einem kleinen Stapel KLARTEXT in der Hand. Oder Sie kennen einen Laden, wo ausgelegt werden darf? In beiden Fällen bitte Info an uns und schon sind wir einen Schritt weiter.

Und selbstverständlich kostet es auch Geld, eine solche Zeitung zu drucken und zu den Verteilern zu bringen. Das ganze Team, alle Unterstützer machen das auf ehrenamtlicher Basis.

Druck und Logistik müssen aber bezahlt werden. Beides sichert auch Arbeitsplätze hier bei uns in der Region!

Da wir kein Verein sind, dürfen wir keine Spenden entgegennehmen und somit auch keine Spendenquittungen ausstellen. Es darf also lediglich eine „Schenkung ohne Gegenleistung“ sein. Eine finanzielle Unterstützung kann auf vier Arten erfolgen:

- Über Ihre lokale Initiative / Verteiler, oder
- Über unser Konto für Schenkungen, auf das Sie einfach Ihre Wertschätzung überweisen können. Hier die Kontodaten:
IBAN: BE50 9673 2423 7418
Kontoinhaber: Chris Barth
Verwendungszweck: Schenkung ohne Gegenleistung
- Via PayPal: hier die dafür vorgesehene Paypal-Emailadresse:
habicht_hugo@hotmail.com
Verwendungszweck: Schenkung ohne Gegenleistung („Geld an einen Freund senden“).
- Via Bitcoin-Lightning: hier unsere blink.sv-Adresse: klartextrm@blink.sv
Verwendungszweck: Schenkung ohne Gegenleistung.

Sie finden alle Kontaktmöglichkeiten im Impressum dieser Zeitung oder auf unserer Internetseite. Mit Ihrer Unterstützung können wir gemeinsam viel bewegen!

Von Herzen vielen Dank!



Leitbild KLARTEXT

- Bürgerzeitung für das Rhein-Main-Gebiet

KLARTEXT ist eine Zeitung, deren Ziel es ist, Menschen mit Informationen und auch mit Provokationen zu erreichen, um sie zum Nachdenken und Hineinfühlen zu bewegen. Unser Stil bewegt sich deshalb zwischen informierend und provozierend.

KLARTEXT richtet sich vornehmlich an Menschen, die die vielen Hintergründe der Geschehnisse in Deutschland und der Welt noch nicht kennen, aber intuitiv spüren, dass in vielen Bereichen etwas gewaltig schiefläuft und in den Leitmedien darüber falsch oder nur lückenhaft informiert wird. Beispiele dafür sind Corona, die Impfung, der Ukraine-Krieg, die Inflation und die Wirtschaftskrise, die Energiekrise, die Klimasituation und viele mehr.

KLARTEXT ist eine Bürgerzeitung. Das heißt, sie wird von Menschen erstellt, die nicht beruflich als Journalisten arbeiten und die uns ihre Zeit und Expertise ehrenamtlich zur Verfügung stellen, ob als Herausgeber, Autor, Korrekturleser oder Verteiler.

KLARTEXT verpflichtet sich zur authentischen, offenen und möglichst faktenbasierten Berichterstattung und Kommunikation. Sollte uns ein Fehler unterlaufen, melden Sie sich bitte bei uns, wir korrigieren diesen gerne.

Bei KLARTEXT steht die Menschenwürde an oberster Stelle, sowie das Grundgesetz und die darin enthaltenen Rechte. Wir erkennen alle Menschen als gleichwertig an und grenzen niemanden aus.

Bei KLARTEXT werden keine Entscheidungen auf der Basis von Macht gefällt: Weder eines Einzelnen, durch formelle Hierarchie, noch durch Mehrheitsentscheidungen. Die Abstimmung

schwieriger Entscheidungen erfolgt mit Hilfe des systemischen Konsensierens. Bei Unstimmigkeiten gehen wir immer den Weg der Mediation. Für die Arbeit und vor allem die internen Prozesse gelten für KLARTEXT folgende Werte und Prinzipien:



Unsere Werte

- Wertschätzung:** - Erkenne Gutes und sprich darüber
- Ehrlichkeit:** - Mache weder Dir noch anderen etwas vor
- Authentizität:** - Sei ganz Du selbst und stehe dazu
- Keine Bewertung:** - Die Dinge sind nicht gut, nicht schlecht, nicht richtig nicht falsch - sie sind wie sie sind
- Lösungsorientierung:** - Wenn Du etwas zu kritisieren hast, bringe die Lösung
- Geduld:** - Wenn es schwierig wird, nimm Dir Zeit
- Unsere Prinzipien**
- Prozess vor Ergebnis:** Die Qualität des Prozesses entscheidet über die Qualität des Ergebnisses
- Beziehung vor Inhalt:** Wenn es Schwierigkeiten gibt wegen eines vermeintlichen Inhalts, kläre zuerst die Beziehung zu deinem Gegenüber.

Montagsspaziergänge in der Region

Frankfurt: 18:00 Uhr	Konstablerwache
Bad Dürkheim: 18:30 Uhr	Wurstmarkt vor dem Fass
Bad Homburg: 18:00 Uhr	Rathausvorplatz
Bad König: 18:00 Uhr	Bahnhof
Bad Kreuznach: 19:00 Uhr	Kornmarkt
Bensheim: 18:00 Uhr	Marktplatz
Bingen: 19:00 Uhr	Parkplatz Gerbhausstraße
Breuberg/Odw.: 18:00 Uhr	Rathaus Neustadt
DA-Eberstadt: 18:00 Uhr	Rathaus
Dieburg: 18:00 Uhr	Marktplatz
Fulda: 18:00 Uhr	Uniplatz
Griesheim: 18:00 Uhr	Rathausplatz
Groß-Gerau: 18:00 Uhr	Marktplatz
Groß-Umstadt: 18:00 Uhr	Marktplatz
(↑ monatlich)	
Hofheim: 19:00 Uhr	Kellereiplatz
(↑ 1. Montag im Monat)	
Frankfurt: 18:00 Uhr	Neue Mitte
Kirchheimbolanden: 18:00 Uhr	Römerplatz
Koblenz: 19:00 Uhr	Richard-Wolke-Platz
Langen: 18:00 Uhr	Bahnstr./Goethestr.
Mannheim: 19:00 Uhr	Paradeplatz/Kiosk
Marburg: 18:00 Uhr	Elisabeth-Blöckmann-Platz
Meisenheim.: 19:00 Uhr	Marktplatz
Nieder-Olm: 18:00 Uhr	Rathaus
Ober-Ramstadt: 18:00 Uhr	Rathaus

Reinheim: 18:00 Uhr	Stadtpark
Rödermark: 19:00 Uhr	Urberach Galluskirche
Seeheim-Jug. 18:00 Uhr	Rathaus Seeheim
Saigengstadt 18:30 Uhr	Kapellenplatz
Tauberbischofsb. 18:00 Uhr	Marktplatz
Viernheim: 18:00 Uhr	Rathausparkplatz/Apostelpl
Wetzlar 18:30 Uhr	Parkplatz neues Rathaus
Worms: 18:30 Uhr	Lutherdenkmal

Dienstag:		
Ortenberg: 18:00 Uhr		Marktplatz

Mittwochs:		
Lorsch: 18:00 Uhr	!!!Tabakbrunnen!!!	
Oberursel: 18:30 Uhr	Park / Adenauerallee	
Roxheim: 19:00 Uhr	Friedhofsparkplatz	

Alle Angaben ausschließl. zu Informationszwecken. Verantwortlich sind die Bürger an Ort und Stelle. Weitere Termine siehe auch unter: t.me/Demotermine, t.me/rheinmainstehtaufkanal, t.me/ProtestHessen und www.kla.tv

Wir sitzen alle im selben Boot - Nur gemeinsam und gut informiert meistern wir die kommenden Herausforderungen!